

Protokoll der Einwohnergemeindeversammlung

Donnerstag, 11. Dezember 2014, 19.30 Uhr, Gemeindesaal

Vorsitz	Gemeindepräsident Andreas Hotz
Protokoll	Gemeindeschreiber Walter Lipp
Anwesend Gemeinderat	Andreas Hotz Sylvia Binzegger Berty Zeiter Jost Arnold Paul Langenegger Hans Steinmann Oliver Wandfluh
Stimmzähler	Marco Kathriner (Obmann) Petra Grünenfelder Michael Münger Peter Utiger
Anzahl Anwesende	336 Stimmberechtigte 14 Gäste
Zeit	19.30 – 22.50 Uhr

Genehmigt an der Gemeindeversammlung vom 23. Juni 2015.

Das Protokoll kann im Internet eingesehen werden.

Begrüssung

Andreas Hotz, Gemeindepräsident

Liebe Baarerinnen und Baarer
Liebe Stimmbürgerinnen und Stimmbürger
Geschätzte Gäste

Im Namen meiner Kolleginnen und Kollegen begrüsse ich Sie herzlich zur heutigen und letzten Gemeindeversammlung im Jahr 2014. Obwohl wir noch immer sehnlichst auf den ersten Schnee warten, neigt sich das intensive Jahr 2014 bereits dem Ende entgegen. Ich freue mich, dass Sie auch heute zum Abschluss der Legislaturperiode den Weg zum Gemeindegemeinschaftsraum unter die Füsse oder allenfalls unter die Räder genommen haben und sich aktiv an dieser Versammlung beteiligen möchten. Die vergangenen 12 Monate sind wohl nicht nur bei mir wie im Flug vorbei gegangen und haben neben interessanter Arbeit, spannenden Herausforderungen vor allem viele positive und motivierende Begegnungen gebracht.

Die Zeit seit der letzten Gemeindeversammlung war geprägt durch die Gesamterneuerungswahlen und die damit zusammenhängende Verunsicherung und Beschwerdeverfahren in Sachen Gestaltung der Wahlunterlagen. Ich selber bin sehr froh, dass zwischenzeitlich alle Unsicherheiten vom Tisch geräumt sind, die Verwaltungsverfahren abgeschlossen werden konnten und jetzt definitiv fest steht, welche Personen die nächsten vier Jahre die Interessen im Gemeinderat und im Kantonsrat wahrnehmen werden. Persönlich freue ich mich sehr auf die nächste Legislaturperiode und die Zusammenarbeit im Gemeinderatsteam. Die nächsten vier Jahre bringen wiederum vielfältige Herausforderungen, zahllose Sitzungen und mit Sicherheit spannende Entscheidungen. Gleichzeitig werden wir uns vermehrt Gedanken über die längerfristige Ausrichtung und Entwicklung von unserer nach wie vor dynamisch wachsenden Gemeinde Baar machen müssen.

Was die letzten sechs Monate des Jahres betrifft, bleiben mir die Fussballweltmeisterschaft in Brasilien, mit einem zwar korrekten aber glücklichen nicht auf die Schweiz treffenden Deutschland, in Erinnerung. Aber auch der Abbruch der Gasthäuser Rössli und Landhaus, dies leider im doppelten Sinn, die Einführung der Tempo-30-Zone im Dorfzentrum, was betreffend Neusignalisierung für uns alle etwas Denkarbeit verursacht, die zweite Zuger Sportnacht im Gemeindegemeinschaftsraum, die gelungene 1. August-Feier, die diversen Präsentationsanlässe, der überraschende Verkauf der Baarer SIKA an einen französischen Grosskonzern vor einigen Tagen sowie die erfreulicherweise glasklar verworfene Ecopop-Initiative bleiben in Erinnerung.

Unsere Gemeinde ist nach wie vor gut vernetzt und auch Telefone sind im Gemeindegemeinschaftsraum hörbar. Wir sind gut und vernünftig positioniert und wir entwickeln uns massvoll. Baar steht in allen Belangen, insbesondere auch finanziell, weiterhin hervorragend da und ist für die Zukunft, sofern wir unsere Hausaufgaben erledigen, bestens gerüstet. Besser als die meisten Kommunen in unserem Land.

Die Zusammenarbeit im Gemeinderat wurde auch im letzten Jahr der Legislaturperiode effizient, engagiert und trotz teils emotionalen Diskussionen immer sehr respektvoll abgewickelt. Der Gemeinderat und die Geschäftsleitung haben alles daran gesetzt, einen offenen und sensiblen Kontakt zu unseren Bürgerinnen und Bürger zu pflegen, wie auch den Kontakt zu den Parteien aufrecht zu erhalten und Informationen auszutauschen. Dies ist angesichts der täglichen Herausforderungen und dem immer grö-

ser werdenden Termin- und Erwartungsdruck keine Selbstverständlichkeit. Damit das bewährte Baarer Modell auch in Zukunft Bestand haben kann, ist dieser enge Austausch zwischen Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Bürgerinnen und Bürger zwingend notwendig. Ich kann deshalb stolz feststellen, dass sowohl die Geschäftsleitung wie aber auch der Gemeinderat diese Bürgernähe praktizieren, teilweise fast etwas zu intensiv. Selbstverständlich haben wir alle, der Gemeinderat und die Verwaltung, in den vergangenen 12 Monaten auch Fehler gemacht. Sofern wir diese erkannt haben, haben wir, so hoffe ich, diese korrigiert und uns gleichzeitig für unser Fehlverhalten entschuldigt. Unter dem Strich darf ich aber feststellen, dass wir eine ganz respektable Arbeit abgelegt haben. Deshalb spreche ich an dieser Stelle meinen Kolleginnen und Kollegen sowie der Abteilungsleiterin und den Abteilungsleitern für die engagierte, kompetente und konstruktive Zusammenarbeit meinen besten Dank aus. Einen speziellen Dank verdient selbstverständlich unser Gemeindeschreiber CEO Walter Lipp, links von mir, der trotz 13 Jahren Gemeindeschreibertätigkeit die Arbeit weiterhin mit viel Herzblut, Freude und Kompetenz ausführt. Wenn Sie meinen Dank ausnahmsweise mit einem warmen Applaus unterstreichen, würde mich das ausserordentlich freuen.

Wir werden nun die traktandierten Geschäfte behandeln, bevor wir anschliessend zu einer hoffentlich vernünftigen Zeit gemeinsam auf ein ebenso erfolgreiches, gesundes und glückliches Jahr 2015 anstossen können. Einen speziellen Gruss richte ich einmal mehr an die Presse und ich danke bereits an dieser Stelle für die korrekte und gute Berichterstattung. Ich begrüsse namentlich vom Zugerbieter Claudia Schneider Cissé und von der Neuen Zuger Zeitung Silvan Meier.

Ich stelle fest, dass die Einladungen und Publikationen zur heutigen Gemeindeversammlung rechtzeitig erfolgt sind und die heutige Gemeindeversammlung somit offiziell eröffnet werden kann.

Als erstes ist das Büro zu bestellen. Von Amtes wegen ist unser zwischenzeitlich gefestigte und erneut Vater gewordene jugendliche Weibel, Marco Kathriner, Vorsteher dieser Arbeit. Marco nimmt heute zum zweiten Mal die Tätigkeit als Vorsteher unseres Stimmbüros wahr. An dieser Stelle nochmals herzliche Gratulation zur Geburt von Elin. Als Stimmzähler habe ich drei Vorschläge erhalten: Petra Grünenfelder, Michi Münger und der Noch-Kommandant der Feuerwehr Baar Peter Utiger. Gibt es andere Wahlvorschläge? Ich erkenne, dass Sie von den Vorschlägen begeistert sind und ich erkläre die Nominierten als gewählt. Ich bitte sie, direkt mit Marco Kathriner Kontakt aufzunehmen.

Betreffend Stimmrecht stelle ich fest, dass sich nicht stimmberechtigte, das heisst nicht volljährige und nicht in Baar wohnhafte Personen, die sich heute in diesem Saal aufhalten, melden müssen. Ich bitte alle Gäste, die nicht hier wohnen und nicht stimmberechtigt sind, sich kurz von ihren Sitzen zu erheben, dass eine Bestandsaufnahme gemacht werden kann. Wir haben 14 Gäste unter uns. Wir begrüessen unsere Gäste mit einem Dank herzlich.

Ich orientiere Sie über die Neueingänge von Motionen und Interpellationen. Seit der Drucklegung wurden keine weiteren Begehren eingereicht. Die hängigen Vorstösse auf Seite 4 in der Gemeindeversammlungsvorlage werden teilweise heute Abend oder an einer nächsten Gemeindeversammlung behandelt. Ich schlage vor, dass die Behandlung der Traktanden gemäss der Ihnen bekannten Vorlage erfolgt. Gibt es andere Anträge?

Beni Riedi

Im Namen der SVP Baar stelle ich einen Antrag. Es geht um das Traktandum 7, Schulraum Wiesental, Rückbau und Neubau - Planungskredit. Bei diesem Traktandum soll von den anwesenden Personen der Projektierungskredit für den Neubau des Schulhauses Wiesental freigegeben werden. Damit aber ein Projekt entsteht bzw. geplant werden kann, muss zuerst der Bedarf abgeklärt werden. Im Bildungswesen werden zu diesem Zweck Schulraumkonzepte erarbeitet. Mit diesen Konzepten wird der genaue Bedarf zum Beispiel mittels soziodemografischen Merkmalen evaluiert. Ein solches Konzept wird vom Gemeinderat seit fast einem Jahr versprochen. In den Unterlagen steht, dass sich die RGPK nur dann für eine positive Stellungnahme entscheiden kann, wenn der Bericht bzw. das Konzept Ende November 2014 vorliegt. Mehrmals wurde dieser Termin verschoben. Bis heute ist dieses Konzept weder für den Gemeinderat noch für die Kommissionen einsehbar.

Aus diesem Grund haben sämtliche Parteien den Gemeinderat Baar in einem Bericht der Neuen Zuger Zeitung vom 6. Dezember 2014 gerügt. Ich zitiere aus diesem Artikel: „Wir kaufen hier eine Blackbox.“ (Präsident CVP); „Hier könnte man fast von Arbeitsverweigerung sprechen.“ (Präsident FDP); „Uns gibt es stark zu denken, dass man die Planung eines Schulhauses in Angriff nimmt, bevor die Schulraumplanung sowie das Turnhallenkonzept definitiv stehen.“ (Präsident SP).

Sie erkennen, dass sich somit fast sämtliche Parteien negativ zum Ablauf geäußert haben. Der Gemeinderat Baar hat sich gewehrt und mitgeteilt, dass er bei diesem Projekt keine Verzögerungen haben möchte. Doch sind wir ehrlich, würden Sie im privaten einem Architekten den Auftrag zur Erstellung eines Planes für ein Gebäude geben, wenn Sie nicht wissen, ob Sie ein 2-, 3- oder 5-Familienhaus möchten und wie gross die verschiedenen Zimmer sein sollen? Zeitlich verlieren wir nichts. Im Gegenteil. Wenn der genaue Bedarf mittels Schulraumkonzept vorliegt, kann man auch eine effektive Planung vornehmen und ist dementsprechend effizienter.

Ich möchte bewusst festhalten, dass das Projekt bei der SVP Baar nicht umstritten ist. Wir möchten aber, dass das versprochene Konzept wie ursprünglich vorgeschlagen zuerst vorliegt, damit der Projektierungskredit anschliessend mit einem ruhigen Gewissen freigegeben werden kann. Dementsprechend stelle ich im Namen der SVP Baar einen Ordnungsantrag, das Traktandum 7, Projektierungskredit Schulhaus Wiesental abzutraktandieren und auf die nächste Gemeindeversammlung zu verschieben. Wir hoffen, dass bis dahin endlich das Schulraumkonzept wie versprochen auch vorliegt.

Andreas Hotz

Wir haben einen Ordnungsantrag von Beni Riedi im Namen der SVP. Ein Ordnungsantrag muss grundsätzlich sofort zur Abstimmung gebracht werden. Der Gemeinderat hatte bis jetzt keine Kenntnis von diesem Ordnungsantrag. Ich kann ohne Rücksprache mit meinen Kolleginnen und Kollegen mitteilen, dass wir an der Traktandenliste festhalten möchten.

Es geht um eine materielle Eintretensdebatte zum Traktandum 7. Das muss unter Traktandum 7 nicht mehr separat gebracht werden. Der Bauchef wird beim Trak-

tandum 7 ein Einführungsvotum mit Erklärungen abgeben. Man kann danach selbstverständlich Ja oder Nein zur entsprechenden Vorlage sagen.

Antrag

Das Traktandum 7 betreffend Schulanlage Wiesental – Rückbau und Neubau - Planungskredit soll auf eine nächste Gemeindeversammlung verschoben werden.

Beschluss

Mit 127 zu 124 Stimmen wird dem Antrag nicht zugestimmt. Die Behandlung erfolgt gemäss der Traktandenliste des Gemeinderates.

Traktandum 1

Protokoll der Gemeindeversammlung vom 24. Juni 2014

Die Vorlage des Gemeinderates vom 10. November 2014 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

Antrag

Das Protokoll sei zu genehmigen.

Beschluss

Das Protokoll wird ohne Gegenstimme genehmigt.

Traktandum 2

Finanzplan 2015 – 2019 - Kenntnisnahme

Die Vorlage des Gemeinderates vom 10. November 2014 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

Andreas Hotz

Von diesem rollend anzupassenden Finanzplan hat die Gemeindeversammlung einmal mehr lediglich aber doch immerhin Kenntnis zu nehmen. Ich ersuche die Versammlung, bei diesem Traktandum noch nicht zum Budget 2015 zu sprechen sondern die Aussagen zum Finanzplan 2015 - 2019 zu kommentieren.

Trotz durchgehend tiefem Steuerfuss von 56 %, den wir hier zugrunde legen, und trotz weiterhin anhaltendem Wachstum zeichnet sich ab, dass die Gemeinde Baar auch am Ende dieser Planperiode über ein ansehnliches Eigenkapital im Umfang von rund CHF 115 Mio. verfügt. Wir dürfen mit Zuversicht den nächsten fünf Jahren entgegenblicken, zumal wir selber über kein Klumpenrisiko verfügen, das in einem volatilen Wirtschaftsumfeld grössere Negativentwicklungen zur Folge hätte haben können.

Nicht im Sinne einer Hauruckübung sondern als dauernder Auftrag wird der Gemeinderat aber auch in den nächsten Jahren Optimierungsmöglichkeiten prüfen und dort wo er kann und wo es sinnvoll ist, umsetzen. Die Bilanz der Gemeinde Baar wird sich auch im Jahr 2019 noch sehr solid und gesund präsentieren und vor allem auch dem Finanzhaushaltsgesetz des Kantons Zug bestmöglich Rechnung tragen. Nachdem sich zum heutigen Zeitpunkt abzeichnet, dass die Rechnung 2014 in etwa gemäss Budget, also mehr oder weniger ausgeglichen, abgeschlossen werden kann, wird auch die Eigenkapitalquote unserer Bilanz am Ende dieses Jahres nach wie vor und sehr erfreulicherweise auf einem ausserordentlich hohen Niveau verharren. Die Gemeinde Baar erweist sich somit weiterhin als wahre Insel im finanzpolitischen Ozean, obwohl sie die beinahe Raubritter-mässigen Finanzausgleichsbezüge unserer Miteidgenossinnen und Miteidgenossen direkt und indirekt zu spüren bekommt.

Pirmin Andermatt

Vom Finanzplan ist Kenntnis zu nehmen. Das haben wir schon mehrmals gehört. Trotzdem hat die RGPK dazu einige Bemerkungen. Es betrifft uns vorallem in der Zukunft. Der Gemeindepräsident hat bereits einige Ausführungen dazu gemacht.

Die Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission dankt dem Gemeinderat für die Erstellung des Finanzplanes, welcher nun endlich alle vermutlich absehbaren zukünftigen Investitionen und Renovationen beinhaltet. Wir sind uns bewusst, dass die darin enthaltenen Zahlen noch nicht den effektiven Beträgen entsprechen bzw. entsprechen können. Trotzdem ist es damit aber möglich, und das ist das Kernelement im Finanzplan, die finanziellen Risiken heute und frühzeitig zu erkennen und eine Kapitalbedarfsplanung zu machen.

Die RGPK erlaubt sich, aufgrund der zukünftig negativ zu erwartenden Rechnungsabschlüsse, einige Anmerkungen anzubringen:

Die zu erwartenden Rechnungsergebnisse für die Planjahre 2015–2019 rechnen mit Aufwandüberschüssen von total rund CHF 29 Mio. Dies bei einem gleichbleibenden Steuerfuss von 56 %. Dabei belasten vor allem die hohen Zahlungen in den Finanz- und Lastenausgleich (ZFA und NFA von jährlich rund CHF 16.5 Mio.), die steigenden Personalkosten (knapp 10 %) über die Planperiode und der stetig steigende Abschreibungsbedarf die jeweiligen Abschlüsse.

In den nächsten Jahren müssen deshalb Überlegungen angestellt werden, wo und wie noch Einsparungen möglich sind bzw. was zu geschehen hat. Lassen Sie mich einige Möglichkeiten aufzählen.

- a. Wir alle müssen lernen, Mass zu halten bei den Forderungen an die öffentliche Hand.
- b. Der Kostenoptimierungsprozess muss konsequent weitergeführt und umgesetzt werden. So sind unter anderem auch in der Gemeindeverwaltung die Arbeitsabläufe innerhalb und zwischen den Abteilungen auf ihre Effizienz und das damit einhergehende Optimierungspotenzial hin zu überprüfen.
- c. Wir müssen zuerst und vor allem für unsere Gemeinde schauen. Das Motto könnte vielleicht heissen: „Lueg zerscht für Baar“. Das heisst sämtliche Beiträge an regionale und nationale Institutionen müssen akribisch hinterfragt und wenn möglich reduziert werden. Nicht streichen, aber reduzieren. Vergessen wir nicht, dass unsere Gemeinde mit NFA und ZFA bereits einen erheblichen Beitrag leistet.
- d. Auch unsere Kantonsvertreter sind gefordert, bei zukünftigen Umverteilungen und Lastenausgleichsverhandlungen die Folgen für die Gemeinde Baar genau zu analysieren und wenn möglich zu verhindern. Es ist nämlich so, dass jeder Franken, welcher auf die Gemeinden umverteilt wird, erstens kein wirkliches Sparen darstellt und dass zweitens Baar aufgrund der Grösse mit jeweils rund 20 % beteiligt ist.
- e. Neue Ausgaben sind grundsätzlich nur zu bewilligen, wenn andere Belastungen damit ersetzt werden können oder ein potentieller Mehrertrag zu erwarten ist.
- f. Bei jeder Vorlage soll transparent auf die Folgekosten in der Rechnung hingewiesen werden.
- g. Es macht aber keinen Sinn und ist vermutlich sogar kontraproduktiv, wenn wir Kostenoptimierungs- und Sparmassnahmen auf dem Buckel der Schwächsten durchführen.
- h. Letztendlich müssen auch Gedanken und Szenarien über moderate Steuerfusserhöhungen gemacht werden.

Die Abteilung Finanzen / Wirtschaft hat mit der Erstellung eines „Entwicklungsplanes der Gemeindefinanzen 2009 bis 2030“ einen Investitionsbedarf in Hoch- und Tiefbauten sowie Sanierungen für die nächsten 10 Jahre von fast CHF 300 Mio. evaluiert. Dies zieht zwei grosse Konsequenzen nach sich. Einerseits wird die Laufende Rechnung durch den höheren Abschreibungsbedarf massiv mehrbelastet. Andererseits werden wir nicht darum herumkommen, Fremdkapital in mindestens zweistelliger vermutlich sogar dreistelliger Millionenhöhe aufnehmen zu müssen.

Aber – und das ist ebenfalls wichtig zu verstehen – wir müssen nicht in eine allgemeine Sparhysterie ausbrechen und nur noch Schwarz sehen. Gefragt sind gesunder Menschenverstand, Innovation aber definitiv keine Hauruckübungen. Wenn wir nämlich fähig und willig sind, die heute absehbaren Risiken und Mehrbelastungen zu erkennen und entsprechend zu handeln, können extreme Ausschläge vermieden wer-

den. Arbeiten wir daran und vor allem miteinander für die positive Weiterentwicklung und zum Wohle unserer Gemeinde Baar.

Andreas Lustenberger

Ich spreche zum Finanzplan und zum Budget zusammen und halte mich kurz, da ich wahrscheinlich nicht der einzige Redner heute Abend sein werde. Kurz aber auch darum, weil aus Sicht der Alternative - die Grünen Baar wir uns am Finanzplan wie auch allen Anträgen des Gemeinderates zum Budget inklusive zum Steuerfuss anschliessen. Trotzdem möchte ich einige Dinge hervorheben.

Wenn man die Grafik auf Seite 14, Steuerfussentwicklung seit 1999, anschaut, ist es erschreckend und es verwundert nicht, dass wir für die kommenden Jahre mit einem Aufwandüberschuss rechnen müssen. Gut möglich, dass die letzte Steuerfussenkung eine zu viel war. Wir teilen deshalb die Meinung des Gemeinderates, dass man sich sehr wohl Gedanken über eine Steuerfusserhöhung machen soll und gleichzeitig raten die Alternative - die Grünen klar davon ab, jetzt mit der Unternehmenssteuerreform 3 noch weitere Steuersenkungen voran zu treiben. Wir unterstützen die Staatsmännischen Ausführungen seitens der RGPK über die finanziellen Aussichten der Gemeinde Baar. Insbesondere der Satz: „Ohne dabei gleich in eine Sparhysterie zu verfallen“. Stattdessen ist es wichtig, dass kommende Investitionen sauber geplant werden. Noch immer verfügt die Gemeinde Baar über einen beträchtlichen Anteil von Eigenkapital und es wäre ein falsches Zeichen, jetzt pauschal irgendwelche Kürzungen zu beantragen. Insbesondere fänden wir es sehr fahrlässig, beim gemeindlichen Personal zu sparen. Einerseits weil die Qualität, die das Gemeindepersonal seit Jahren abliefern, absolut auf einem hohen Standard ist. Andererseits, und dies gerät unserer Meinung nach oft in Vergessenheit, führen Kürzungen beim Personal dazu, dass die Menschen weniger Geld in den Taschen haben. Wer weniger Geld in den Taschen hat, kann weniger ausgeben. Man geht dann weniger ins Restaurant, man verschiebt eine geplante Renovation etc. Das ist Geld, das direkt dem lokalen Gewerbe zu Gute kommen würde.

Zum Abschluss möchte ich etwas zur immer wieder diskutierten In- und Auslandhilfe sagen. Ich bin gerade gestern an einem Benefizanlass an einer Kantonsschule für Menschen in Syrien gewesen. Als Gast hat Kurt Belda, ein Schweizer Kriegsjournalist, referiert. Es ist nicht so, dass wir uns über das Vorhandensein dieser Krisenregionen nicht bewusst sind. Aber sie geraten sehr schnell in Vergessenheit. Wir müssen nicht einmal so weit reisen, auch in der Schweiz gibt es Menschen, die nur knapp oder knapp nicht über die Runden kommen. Gemeinden und Regionen die von Abwanderung betroffen sind und die Grundbedürfnisse ihrer Bevölkerung nur noch knapp erfüllen können. Hand aufs Herz, uns in Baar geht es bei Weitem besser als vielen anderen Menschen auf dieser Welt. Solidarität untereinander ist das, das uns Menschen verbindet. Ich bitte Sie deshalb, im Namen der Alternativen - die Grünen Baar den Betrag bei der In- und Auslandhilfe nicht zu kürzen.

Pirmin Frei

Ich gliedere meine Ausführungen in drei Teile. Zuerst mache ich einen kurzen Rückblick im Licht der Finanzstrategie, mache dann zum Traktandum 3 einige kurze Bemerkungen zum Budget 2015 und am Schluss stelle ich eine Frage zum Konto 710 der Abteilung Soziales / Familie auf Seite 27 in der Vorlage.

Vor genau zwei Jahren in der Budgetdebatte 2013 habe ich als frisch gewählter Präsident der CVP Baar im Namen der knappen Mehrheit unserer Partei den Antrag auf eine pauschale Kürzung des Sachaufwandes um 5 % gestellt. Sie haben mir damals eine politische Lektion erteilt, die ich nicht mehr vergessen werde. Sie haben diesen Antrag hochkant abgelehnt. Heute Abend werden Sie vermutlich wieder darüber abstimmen können, ob Sie das Budget pauschal kürzen möchten. Ich bin gespannt, wie Sie dieses Mal zu diesem Antrag stehen. Die CVP wird diesen Antrag nicht unterstützen. Wir von der CVP nehmen für uns in Anspruch, dass wir lernfähig sind. Wir haben nach diesem Abstimmungsdebakel in der Budgetdebatte 2013 die Motion Schuldenbremse eingereicht. Wir wollten damit in Baar eine Schuldenbremse nach dem Muster des Bundes. Das ist ein Instrument zur nachhaltigen Stabilisierung des Finanzhaushalts mit bestimmten Selbstbeschränkungsmechanismen. Wir haben erkannt, dass wir als Partei und Sie als Bürger ein Budget gar nicht so richtig beurteilen können. Wir sehen aus den nackten Zahlen nicht, wo und ob es Luft drin hat. Deshalb sind wir gegen pauschale Kürzungen. Das sind ungerechte Massnahmen, da es auch diejenigen betrifft, die ihren Laden im Griff haben. Abgesehen davon haben sie nur geringe Wirkungen, da viele Ausgaben der Gemeinde gebunden sind. Sie wissen, der Gemeinderat hat damals die Motion Schuldenbremse abgelehnt, doch hat er aufgrund unserer Motion seine Finanzstrategie angepasst und mit Elementen der Schuldenbremse ergänzt. Die CVP hat den Weg, den der Gemeinderat eingeschlagen hat, unterstützt und die Motion zurückgezogen. In der gemeindlichen Finanzstrategie hat der Gemeinderat denn Zeitraum bestimmt bzw. den Anfang und das Ende des Zeitraumes, während dem der gemeindliche Finanzhaushalt ausgeglichen sein muss. Bisher waren das fünf Jahre, was aus dem kantonalen Finanzhaushaltsgesetz entstanden ist. Niemand hat sich daran gehalten. Man hat an Steuern eingenommen, was eingegangen ist und hat damit ein Eigenkapital angeäufnet, das nicht nur ungesetzlich sondern beinahe schon unanständig war. Neu muss der Baarer Gemeinderat dafür sorgen, dass der Finanzhaushalt über acht Jahre ausgeglichen ist. Wir berechnen das, indem wir die Ergebnisse der vier letzten Jahre, des laufenden Jahres und von drei Folgejahren zusammenzählen.

Als ich diese Vorlage ins Haus bekommen habe, habe ich mich schon fast gierig darauf gestürzt. Ich nahm den Taschenrechner hervor und habe gerechnet, ob die Strategie eingehalten wird. Sie können das gerne selber machen und werden auf ein Plus von CHF 4.6 Mio. kommen. In diesem Sinne müsste der Gemeinderat, wenn er seine eigene Strategie einhalten möchte, entweder die Steuern senken oder weitere Defizite budgetieren. Ich habe sofort den Finanzsekretär Manuel Frei angerufen. Er hat mich in meiner Feststellung bestätigt und andererseits glaubwürdig dargelegt, dass der Gemeinderat eine längere Finanzplanung bis ins Jahr 2030 macht. Dabei berücksichtigt er seine eigene Finanzstrategie. Es ist davon auszugehen, dass die Strategie ab dem nächsten Jahr zu spüren ist und die CVP wird das selbstverständlich sehr aufmerksam verfolgen. Es muss klar sein, dass die Finanzstrategie kein Papier ist, das in einer Schublade verschwindet und dort verstaubt. Sie muss für die Finanzplanung der Gemeinde Baar massgebend sein und damit auch massgebend für die Entwicklung unserer Gemeinde.

In diesem Sinne bitte ich den Gemeinderat, künftig in der Gemeindeversammlungsvorlage darzustellen, ob die Finanzstrategie eingehalten ist und wie sich die Finanzen im Licht der Finanzstrategie entwickeln.

Kurz zum Budget. Die CVP überrascht den Fehlbetrag im Budget nicht und beunruhigt auch nicht. Er mindert unser Eigenkapitel etwas, aber wie bereits erwähnt, verfügen

wir noch über genügend Reserven. Die mahnenden Worte des Präsidenten der RGPK haben wir trotzdem mit Genugtuung zur Kenntnis genommen und unterstützen sie. Andererseits haben wir von unseren Mitgliedern in der Finanzkommission und der RGPK gehört, dass der Gemeinderat auch dieses Jahr bemüht war, die Kosten in der Gemeinde zu optimieren. Es ist etwas schade, dass er seine Leistungen diesbezüglich nicht zeigt. Immerhin hat der Gemeinderat vor einem Jahr ein Kostenoptimierungspaket 2 angekündigt. Die CVP wird das Budget 2015 und die Anträge des Gemeinderates zum Traktandum 3 unterstützen.

Beim Konto 710 hat sich ein Fehler eingeschlichen. Im 710 dürfte künftig der Begriff Vormundschaft nicht mehr stehen. Das konnte man inzwischen bereinigen. Die Gemeinde hat seit zwei Jahren nichts mehr mit dem Vormundschafswesen zu tun. Ob das richtig oder falsch ist, sei dahingestellt. Heute ist für das Vormundschafswesen die kantonale Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde KESB zuständig. Die Kosten der kantonalen KESB steigen kontinuierlich. Es gibt Gründe dafür, stichhaltige und weniger stichhaltige. Wenn Sie die letzten Wochen und Monate die Tageszeitung gelesen haben, wissen Sie, dass die verschiedenen KESB national unter Druck geraten sind, da es Entscheide gab, die die Gemeinden austragen mussten. Teilweise war es fast so, dass es die Gemeinden überfordert hat. Ich möchte in der Budgetdebatte von der Sozialvorsteherin wissen, ob das auch in Baar eintreten könnte bzw. wie das in unseren Zahlen zu erkennen ist.

José Nieto

Das sind die Bemerkungen der FDP Baar zum Finanzplan

Die Gemeinde Baar verfügt über ein gutes Polster, die Nettoinvestitionen von CHF 70 Mio. bis 2019 zum Teil zu finanzieren. Dabei können wir endlich Reserven abbauen. Zu beachten gilt, dass die Investitionen über das Jahr 2019 hinausgehen, sprich die Grossprojekte mit CHF 65 Mio. und CHF 70 Mio. Deshalb ist auch wichtig, diese Grossprojekte von Beginn weg mit einer klaren Vorgabe und Planung anzugehen und die notwendigen Analysen und Studien zu erstellen. Ansonsten wird dies uns am Ende mehr Kosten verursachen.

Der Ertrag aus Steuern wird kurz kommentiert, die Personalentwicklung auf Seite 9 führt zu einer Personalsteigerung von 1,6 - 2,4 % pro Jahr. Wir finden dies etwas hoch, zumindest mit den nackten Zahlen. Eine moderate Steuererhöhung mag wohl kommen. Ebenfalls mag die Fremdfinanzierung notwendig sein, jedoch sollte im Finanzvermögen zuerst geprüft werden, was wirklich insbesondere aus welchen Gründen im Finanzvermögen behalten werden soll. In der Gemeindevorlage vom 24. Juni 2014 zur Jahresrechnung 2013 sind einige mögliche Werte aufgeführt. Es kann aber durchaus Sinn machen, dass eine Fremdfinanzierung günstiger ist, als ertragreiche Objekte zu veräussern.

Ich danke dem Gemeinderat für die geleistete Arbeit. Denn oft stehen sie im kritischen Auge der Bevölkerung, vor allem aber der Parteien.

Antrag

Vom Finanzplan für die Jahre 2015-2019 sei Kenntnis zu nehmen.

Beschluss

Vom Finanzplan wird Kenntnis genommen.

Traktandum 3

Budget 2015

Die Vorlage des Gemeinderates vom 10. November 2014 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

Andreas Hotz

Bei diesem Traktandum werden wir die Steuern für das Jahr 2015 festsetzen, den Bericht des Gemeinderates entgegennehmen und selbstverständlich hören wir die Stellungnahme der Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission.

Eine kurze Bemerkung meinerseits in Ergänzung zu den Einführungen zum Finanzplan. Mit einem Aufwandüberschuss von rund CHF 6.8 Mio. präsentiert Ihnen heute der Gemeinderat ein nicht ausgeglichenes Budget. Mit diesem Budget kommt der Gemeinderat insbesondere den Forderungen der RGPK betreffend Annäherung an das Finanzhaushaltsgesetz entgegen. Grund für das Defizit war alleine aber immerhin der wiederum erneut massiv angestiegene Anteil am Zuger Finanzausgleich und an den Beteiligungen des Kantons am nationalen Finanzausgleich. Der Gemeinderat Baar ist der Auffassung, dass er im grossen und ganzen nach wie vor über eine schlanke und effiziente Struktur verfügt und trotzdem für die Herausforderungen der Zukunft gerüstet ist. Im Vergleich mit anderen Gemeinden steht unsere Gemeinde Baar betreffend Aufwand gut da. Das kann jederzeit mit entsprechenden Erhebungen, Bench-Marks, dokumentiert werden. Die Schweiz allgemein und die Gemeinde Baar im Speziellen stecken nicht in einer Finanz- und Wirtschaftskrise. Das Gegenteil ist der Fall. Während viele unserer Nachbarländer unter einer schwachen Wirtschaftslage und einer hohen Arbeitslosenquote leiden, sind wir in der Schweiz in der Lage, auf einer Insel des Wohlstandes und der wirtschaftlichen Prosperität zu leben. Daran ändern auch einige Ausreisser im Wirtschaftsmarkt zurzeit nichts.

Darauf hinzuweisen ist, dass das Budget 2015 das erste ist, das nach den neuen Rechnungslegungsvorschriften HRM2 erstellt werden musste. Das sogenannte harmonisierte Rechnungsmodell 2 muss mit dem Budget per 1. Januar 2015 von allen Zuger Gemeinden eingeführt werden. Das hat insbesondere zur Folge, dass Kontenpläne teilweise nicht mehr vergleichbar sind und somit auch die Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission bei der Prüfung des Budgets zusätzlichen Aufwand betreiben musste. In Zukunft soll die Einführung des HRM2 die Rechnungslegung noch transparenter machen, als dies in der Vergangenheit der Fall war. Der Gemeinderat ist davon überzeugt, dass wir heute ein Budget 2015 präsentieren, das nach diversen Runden innerhalb der Verwaltung und im Gemeinderat sowie der RGPK optimiert wurde und das Wünschbare vom Notwendigen bereits klar unterschieden hat. Das Wort zum Budget ist frei. Ich schlage vor, dass wir zuerst eine kurze Eintretensdebatte zum Budget machen und anschliessend die einzelnen Abteilungen Seite für Seite beraten. Dort werden wir unter anderem die Frage von Pirmin Frei betreffend Abteilung Soziales / Familie beantworten.

Pirmin Andermatt

Als Revisionsstelle haben wir aufgrund des uns vom Gemeindegesetz übertragenen Auftrags das Budget für das Geschäftsjahr 2015 geprüft. Für die Erstellung des Budgets ist der Gemeinderat verantwortlich, während unsere Aufgabe darin besteht, dieses zu prüfen und zu beurteilen.

Wir stellten fest, dass die Bestimmungen gemäss Finanzhaushaltsgesetz sowie die Finanzkompetenzen gemäss Gemeindeordnung eingehalten worden sind. Die wesentlichen Abweichungen zum Vorjahr wurden begründet.

Im Geschäftsjahr 2015 wird bei Einnahmen von CHF 121.9 Mio. und Ausgaben von CHF 128.6 Mio. mit einem Aufwandüberschuss von CHF 6.8 Mio. gerechnet. Dafür sind vor allem die um rund CHF 8.1 Mio. höheren Zahlungen an den Finanz- und Lastenausgleich (ZFA und NFA) verantwortlich. Ohne diese Mehrbelastung hätte gar ein Überschuss budgetiert werden können. Die Abschreibungen fallen mit CHF 6 Mio. um CHF 0.4 Mio. höher als 2014 aus.

Während der Personalaufwand leicht ansteigt, wird mit rund CHF 1.0 Mio. tieferen Sachaufwendungen kalkuliert. Dabei wirken sich die Kostenoptimierungen sowie zusätzliche Sparanstrengungen der einzelnen Abteilungen positiv auf das Resultat aus. Nicht überall ist jedoch Luft herausgelassen worden, wo es möglich gewesen wäre. Stichwort: Unterscheidung wünschbar und notwendig. Gerade bei der Kontoart 3636.00 „Beiträge an private Organisationen ohne Erwerbszweck“ wären unseres Erachtens und finanzpolitisch gesehen noch Einsparungen möglich, vor allem, wie vorher erwähnt, bei Leistungen ausserhalb der Gemeinde.

Anlässlich der gemeinsamen Budgetbesprechung mit dem Gemeinderat wurden auf unsere Fragen und Kostenoptimierungen folgende Begründungen gegen weitere Kürzungen genannt.

- Die Ansprüche der Einwohner sind aufgrund des hohen Lebensstandards ebenfalls sehr hoch und demzufolge kostenintensiv.
- Der GR möchte das lokale Gewerbe nicht mit zu massiver Kostendrückerei in einen möglichen Ruin treiben.
- Alle Beiträge der Kostengruppe 3636 sind wichtig.

Ich lasse die Begründungen so stehen und kommentiere diese nicht weiter.

Die RGPK möchte es nicht unerwähnt lassen, dass die Einwohnergemeinde Baar mit einer prognostizierten Eigenkapitalquote von rund 80 % finanziell nach wie vor äusserst solide aufgestellt ist. Wir danken abschliessend allen gemeindlichen Angestellten und dabei ist der Dank an die gesamte Lehrerschaft ebenfalls eingeschlossen, für die Arbeit im zu Ende gehenden Jahr.

Die Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission unterstützt die Anträge des Gemeinderates grossmehrheitlich.

Alois Gössi

Ich nehme im Namen der SP Baar Stellung zum Budget 2015. Ein Defizit von CHF 6.7 Mio. ist für 2015 geplant und in den nächsten Jahren wird es auch gemäss dem Finanzplan nicht viel besser. Es sinkt bis 2019 auf rund CHF 5.5 Mio.. Die Erträge für 2015 werden quasi gleich sein wie im laufenden Jahr, einfach bereinigt um die Spezialeffekte wie Entnahmen aus Reserven oder dem Eigenkapital. Auf der Ausgabenseite

sinkt der Aufwand, ebenfalls bereinigt um Sondereffekte, um rund CHF 1.1 Mio. Der Personalaufwand nimmt leicht zu. Der Sach- und übriger Betriebsaufwand ist rund CHF 1 Mio. kleiner gegenüber dem Budget 2014. Das zeigt uns, dass sich der Gemeinderat bemüht hat, Einsparungen vorzunehmen. Wir lehnen deshalb weitere Kürzungsanträge und vor allem generelle Streichungsanträge bei den Aufwendungen ab.

Unser Problem in Baar sind die grossen, nicht beeinflussbaren Transferaufwände. Wie zum Beispiel Beiträge an den Kantonalen und Nationalen Finanzausgleich. Für die Jahre 2015 bis 2017 ist hier mit erhöhten Zahlungen zu rechnen. Grundlage für die Steigerung ist der Börsengang der Glencore im Jahre 2012, der der Gemeinde Baar bei den natürlichen Personen ausserordentliche Steuereinnahmen im Jahr 2012 bescherte. Und jetzt zeigt sich die Kehrseite davon. Wir müssen die nächsten drei Jahre systembedingt einen grösseren Beitrag an den NFA bezahlen. Wir können uns die Defizite bis 2019, länger geht der Finanzplan nicht, nur deshalb leisten, da wir ein sehr grosses Eigenkapital haben. Dieses schmilzt in den kommenden Jahren wie Butter an der Sonne. Die kommenden Grossinvestitionen wie das Schulhaus Wiesental oder das Alterszentrum Bahnmatt sind im Jahr 2019 quasi oder wenn überhaupt am Anfang der Umsetzung. Früher oder später kommen wir deshalb nicht darum herum, über eine Erhöhung des Steuerfusses nachzudenken. Der Gemeinderat ist gemäss dem Bericht auch dazu bereit. Ich bin überzeugt, dass es leider früher nötig sein wird, als er das plant.

Erfreut habe ich gesehen, dass in der Investitionsrechnung rund CHF 150'000.– für Fahrradabstellplätze am Bahnhof vorgesehen sind. Dies nachdem ich schon 2-3 Male bei Budgets an den Gemeindeversammlungen auf eine unhaltbare Situation bei den Fahrradabstellplätze hingewiesen habe. Scheinbar hat es genützt. Mich würde interessieren, was hier nun geplant ist.

Die SP Baar stimmt dem vorgelegten Budget, sowie dem beantragten Steuersatz von 56 % sowie der Hundesteuer von CHF 120.– resp. von CHF 40.– zu.

José Nieto

Der Vergleich ist sehr schwierig, wenn nicht unmöglich, nachvollziehbar aufgrund der vorliegenden Unterlagen. Als Leser der aktuellen Gemeindevorlage ist eine wirkliche Einschätzung des Budgets 2015 im Vergleich zum Vorjahr schwer zu beurteilen, ohne bei verschiedenen Stellen nachzufragen.

Die Umstellung HRM2 lässt das nicht wirklich zu. Die Harmonisierung der Rechnungslegung soll Bund, Kantone und Gemeinden in ihrer Darstellung vereinheitlichen. Sie stellt u.a. die finanziellen Reserven der Gemeinden offen dar und ermöglicht so eine tatsächliche Darstellung der Finanzlage. Die dargelegten Investitionen sind sicherlich gerechtfertigt und können vom Gemeinderat besser beurteilt werden. Die Kosten steigen unbedeutend.

Die RGPK weist im Kommentar auf weiteres Sparpotential hin, das vielleicht nicht im 2015 aber in kommenden Jahren berücksichtigt werden könnte. Wie hoch diese Einsparung ist, wurde nicht erwähnt. Kostenoptimierung ist allgegenwärtig und verfolgt uns.

Der Gemeinderat hat dies gemacht und einige Leistungen und Anschaffungen hinterfragt sowie ihre Kosten und Prozesse optimiert. Dafür ist der Gemeinderat da, trotzdem danken wir für den Effort. Was er macht dringt leider nicht immer nach aussen und lässt ihn manchmal in der Kritik stehen. Ich bin sicher, dass die ständig veränderten Wirtschaftsentwicklungen zu weiteren Möglichkeiten führen, Kosten zu optimie-

ren oder eben mehr Leistungen für das Gleiche zu erhalten. Der Wettbewerb soll in der Gemeinde spielen.

Beim Personalreglement ist es nicht ganz angekommen. Dieses wurde auf die kommende Gemeindeversammlung im Jahr 2015 verschoben, obwohl dies per 1. Januar 2015 eingeführt werden soll. Vielleicht liegt das daran, dass einige Parteien verschiedene Einwände eingebracht haben. Der Gemeinderat ist nicht wirklich darauf eingetreten.

Für das Jahr 2015 gibt es nichts wesentlich Neues und die FDP Baar folgen dem Antrag und empfehlen Ihnen, dies ebenfalls zu tun.

Markus Hürlimann

Zuerst muss ich den Gemeindepräsidenten korrigieren. Er sagte in der Einleitung, dass es in Baar noch nicht geschneit hat. In Allenwinden hat es bereits geschneit und Jost Arnold kann das bezeugen.

Die SVP Baar dankt dem Gemeinderat für das Vorlegen des Budgets 2015, das einen Aufwandüberschuss von CHF 6.8 Mio. in Aussicht stellt, also tiefrote Zahlen für das nächste und auch die folgenden Jahre. Wir haben die Gemeindeversammlungsvorlagen wie immer genau unter die Lupe genommen und stehen einigen Investitionen kritisch gegenüber. Es sind vor allem unausgereifte Bauprojekte, bei welchen wir der Meinung sind, dass leichtfertig mit den Steuergeldern umgegangen wird und ein Überdenken dieser Projekte ratsam wäre. Aber auch die laufenden Kosten gilt es weiterhin im Auge zu behalten. Zum Budget 2015 werde ich im Namen der SVP deshalb drei Anträge stellen.

Der erste Antrag betrifft den Personalaufwand. Die Personalkosten steigen jedes Jahr automatisch wegen Beförderungen in Funktionen und Lohnklassen, Stufenanstiegen und Treue- und Erfahrungszulagen an. Dazu kommen aber noch zusätzliche Stellen, was dazu geführt hat, dass der Personalaufwand in den letzten 10 Jahren um CHF 14.3 Mio. gestiegen ist, von CHF 43.5 Mio. im Jahr 2004 auf CHF 57.8 Mio. im Jahr 2014. Das ist ein Anstieg um mehr als 32% in 10 Jahren. Wenn diese Kosten in gleichem Mass weiter steigen, wird die Gemeinde Baar in zehn Jahren einen Personalaufwand von rund CHF 76 Mio. pro Jahr stemmen müssen, also jedes Jahr mehr als ein neues Alterszentrum Bahnmatt oder eine neue Schule Wiesental. Die SVP Baar findet es verantwortungslos, vor der Realität einfach die Augen zu verschliessen und tatenlos zuzuschauen, wie uns der Personalaufwand langsam aber sicher über den Kopf wächst. Den Trend, dass die Personalausgaben immer mehr wachsen, muss unseres Erachtens gebremst werden und wir stellen deshalb den Antrag, dass der budgetierte Personalaufwand 2015 um 1% gekürzt werden soll. Wir stellen bewusst einen Pauschalantrag, damit der Gemeinderat selbst entscheiden kann, wie und wo er diese Kosten einsparen will, ob er Leistungen kürzen, auf geplante zusätzliche Stellen verzichten oder eine Kombination dieser Massnahmen beschliessen will.

Der zweite Antrag betrifft den budgetierten Sach- und übrigen Betriebsaufwand, welcher wir um rund CHF 360'000.– senken wollen. Der Gemeinderat hat seit dem letzten Jahr einige Ausgabeposten gekürzt, aber wir denken, dass es weiterhin noch Optimierungspotential gibt, falls alle Gemeinderäte bereit sind, ihr „Gärtchen“ noch intensiver zu durchleuchten und weitere Ausgaben zu reduzieren. Wir stellen deshalb den Antrag, dass der budgetierte Sach- und übrige Betriebsaufwand 2015 um 2% gekürzt werden soll, was rund CHF 50'000.– pro Gemeinderat bedeutet.

Der dritte Antrag betrifft die „Beiträge für die In- und Auslandhilfe“. Entwicklungs- bzw. Auslandhilfe ist Sache des Bundes und gehört nicht zum Kernauftrag unserer Gemeinde. Im Budget 2015 des Bundes ist kein Posten so stark gewachsen wie die Entwicklungshilfe. Erst vor zwei Wochen bei der Wintersession ist sie auf rund CHF 2.7 Mia. pro Jahr erhöht worden. Aber auch die Inlandhilfe ist kritisch zu hinterfragen. Wir haben das Thema NFA bereits vorhin gehört. Der Kanton Zug wird im Jahr 2015 CHF 315 Mio. in den Nationalen Finanzausgleich (NFA) zahlen müssen, wobei die Gemeinde Baar daran mit CHF 7.4 Mio. direkt beteiligt ist. Mit Ihren Kantons- und Gemeindesteuern, geschätzte Anwesende, sind Sie an dieser Inlandhilfe beteiligt und zeigen sich so auch solidarisch mit den Randregionen, wo die Inlandhilfe teilweise eingezahlt werden soll. Die SVP Baar ist klar der Meinung, dass die Gemeinde unser Steuergeld nur für die Erfüllung ihrer Aufgaben ausgeben soll. Spenden gehört definitiv nicht zu diesen Aufgaben und ist völlig fehl am Platz, wenn man jetzt schon weiss, dass unsere Gemeinderechnung im nächsten Jahr mit roten Zahlen abschliessen wird. Wir stellen deshalb als dritten Antrag, dass die budgetierten Positionen „Beiträge an private Organisationen ohne Erwerbszweck“ (Inlandhilfe) und die „Beiträge an das Ausland“ (Auslandhilfe) je in der Höhe von CHF 100'000.– gekürzt werden sollen. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und die Unterstützung unserer Anträge.

Andreas Hotz

Die entsprechenden Anträge werden wir bei den Detailberatungen zur Abstimmung und zur Diskussion bringen. Das Wort zum Budget 2015 allgemein wird nicht mehr gewünscht. Wir gehen das Budget Seite für Seite durch. Wo das Wort nochmals gewünscht und wo Anträge gestellt wurden, werden wir den entsprechenden Bereich behandeln.

Auf Seite 17 hat Markus Hürlimann im Namen der SVP Baar einen Antrag auf Pauschalkürzung gestellt. Den Personalaufwand soll um 1 % gekürzt werden. Der Gemeinderat ist der Auffassung, dass eine Pauschalkürzung nicht zielführend ist. Wir sind ebenfalls klar der Auffassung, dass wir den Personalaufwand schlank halten müssen. Aufgrund des Wachstums der Gemeinde Baar und von neuen Aufgaben, die wir teilweise vom Kanton und vom Bund übernehmen müssen, sind wir zwingend auf das Personal angewiesen. Ich denke, unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind nicht übermässig positiv gehalten. Es ist eng kalkuliert. Wir haben praktisch keine zusätzlichen Stellen bewilligt. Es geht nur um neue Aufgaben.

Antrag 1 (SVP)

Der Personalaufwand sei um 1.0 % zu kürzen.

Beschluss

Der Antrag wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Andreas Hotz

Es besteht ein weiterer Antrag um Kürzung des Sachaufwandes um 2 %. Auch hier sind wir vom Gemeinderat klar der Auffassung, dass wir aufgrund des sehr detaillierten Budgetprozesses, auch kritisch begleitet durch die Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission, auf unseren Beträgen beharren. Selbstverständlich werden wir diejenigen Positionen, die nicht ausgeschöpft werden müssen, nicht ausschöpfen. Vermutlich werden wir auch dieses Jahr knapp unter dem budgetierten Betrag abrechnen. Wir machen sehr beliebt, dass wir das im Rahmen unserer Kompetenzen weiterhin machen werden und lehnen deshalb den Antrag ab.

Antrag 2 (SVP)

Der Sachaufwand sei um 2.0 % zu kürzen.

Beschluss

Dem Antrag wird grossmehrheitlich nicht zugestimmt.

Andreas Hotz

Als weiterer Antrag seien die budgetierten Beiträge an die In- und Auslandhilfe von je CHF 100'000.– vollständig zu streichen. Auch hier sind wir klar der Auffassung, dass dies nicht zielführend und schlecht für unser Image ist. Sie haben gesehen, dass wir Ihnen dieses Jahr aufgrund des voraussehbaren Abschlusses von +/- Null keine Zusatzaufwendungen unterbreiten. Wenn wir Überschüsse in Millionenbeträgen hatten, wurde das früher so gemacht. Heute wird das nicht gemacht. Ein Minimalbetrag von je CHF 100'000.– ist meiner Ansicht nach für eine Gemeinde wie unsere angemessen. Wir unterstützen im Bereich der Inlandhilfe immer wieder Organisationen, die uns direkt bekannt sind und kontinuierlich Projekte weiterfördern. Das gilt auch für die Auslandhilfe. Wir arbeiten fast nie über grosse Organisationen. Ausgenommen sind die spontanen Soforthilfen wie zum Beispiel im Fall der Syrien-Hilfe. Wir arbeiten mit Personen zusammen, von denen wir wissen, dass sie das Geld der Gemeinde Baar an den betreffenden Ort bringen. Es sind darin auch praktisch keine Verwaltungskosten enthalten. Ich mache Ihnen sehr beliebt, dies auch im Sinne der Imagepflege unserer Gemeinde, dass Sie den Betrag von je CHF 100'000.– weiterhin im Budget belassen.

Antrag 3 (SVP)

Die Beiträge an die In- und Auslandhilfe seien um CHF 200'000.– zu kürzen.

Beschluss

Der Antrag wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Berty Zeiter

Ich gebe gerne Auskunft zur Frage von Pirmin Frei, ob uns der Aufbau der KESB als Gemeinde finanziell stark belasten könnte, wie man es von anderen Orten hört. Nein, ist meine Antwort. Der Kanton Zug ist so organisiert, dass die KESB kantonal geregelt ist und die Kosten dort steigen. Andere Kantone haben andere Entscheide gefällt, die keine strikte Trennung zwischen Kanton und Gemeinde vorsehen. Wir Gemeinden im Kanton Zug sind durch die KESB entlastet. Wir haben noch eine Position „Heimversorgungen“ im Budget, was in der Bleiwüste ersichtlich ist. Diese hat jedoch nichts mit Platzierungen der KESB zu tun. Es betrifft Personen, die in Heimen leben, eine IV-Rente und EL beziehen und es trotzdem nicht reicht, um das Zimmer in einer speziellen Situation zu bezahlen. Dafür haben wir im Budget 2015 CHF 22'000.– enthalten. Im Jahr 2014 haben wir für vier Personen in dieser Situation CHF 22'000.– ausgegeben.

Andreas Hotz

In diesem Bereich ist Vorsicht zu walten. Wie das Zusammenspiel von Kanton und Gemeinde in Zukunft funktioniert. Wenn zum Beispiel Kosteneinsparungsmassnahmen des Kantons beschlossen werden, wie die Reduktion von Ergänzungsleistungen, müssen wir das auf der Gemeinde austragen.

Paul Langenegger

Die Veloständer beim Bahnhof beschäftigen uns schon länger. Wir haben mit den SBB nun eine Lösung gefunden. Es war nicht ganz einfach, die richtigen Personen zu bekommen, weil diese ständig wechseln. Wir haben vor 3, 4 Tagen den Vertrag erhalten. Sie sehen im eingblendeten Bild, dass es dort ist, wo während der Kulturausstellung das Schiff stand. Auf dieser Wiese können wir 70 - 80 Veloständer bauen. Das Land bekommen wir von den SBB gratis. Die Realisation erfolgt im Frühling 2015.

Antrag

1. Die Steuern seien im Rechnungsjahr 2015 wie folgt zu erheben:
 - a) Einkommenssteuer, Vermögenssteuer, Reingewinn- und Kapitalsteuer: 56 % des kantonalen Ansatzes.
 - b) Hundesteuer: CHF 120.–; für Wachhunde auf Landwirtschaftsbetrieben: CHF 40.–.
2. Das Budget 2015 sei zu genehmigen.

Beschluss

1. Die Steuern werden im Rechnungsjahr 2015 wie folgt erhoben:
 - a) Einkommenssteuer, Vermögenssteuer, Reingewinn- und Kapitalsteuer: 56 % des kantonalen Ansatzes.
 - b) Hundesteuer: CHF 120.–; für Wachhunde auf Landwirtschaftsbetrieben: CHF 40.–. 1 Gegenstimme.
2. Das Budget 2015 wird mit 7 Gegenstimmen genehmigt.

Traktandum 4

Kauf Miteigentumsanteil an GS Nr. 7 - Martinspark

Die Vorlage des Gemeinderates vom 10. November 2014 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

Antrag

Dem Kauf des Miteigentumsanteils der SBB von 742.900 / 1000 an GS Baar Nr. 7 mit einer Fläche von 1'644 m² zum Preis von CHF 3'781'200.– sei zuzustimmen.

Beschluss

Dem Kauf wird einstimmig zugestimmt.

Traktandum 5

Dorfplatz- und Strassenraumgestaltung Inwil – Baukredit

Die Vorlage des Gemeinderates vom 10. November 2014 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

Ernst Rohrer

Im Namen der Baukommission gebe ich Ihnen einige Erläuterungen zum vorliegenden Baukredit und zwar zu den Stichwörtern Chance, Kosten, Nutzen und Empfehlung der Baukommission.

Chance: Am 27. Juni 2013 haben Sie mit der Genehmigung des Projektierungskredits, für den Ortskern Inwil, die Basis für die heutige Abstimmung gelegt. Nun liegt das Projekt vor, eine Ortskernplanung für Inwil, zu einem Zeitpunkt, wo zwei Gebäude unmittelbar neben dem Dorfplatz realisiert werden. Idealerweise könnte der Zeitpunkt, im Zusammenhang mit den erfolgreichen Verhandlungen der privaten Bauherrschaft dieser Gebäude, nicht sein. Zusätzlich erkennt die Baukommission, dass die Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer, aber insbesondere für Schulkinder, in diesem Bereich verbessert wird.

Kosten: Natürlich sind die Kosten auf den ersten, vielleicht auch zweiten Blick sehr hoch. Aber es darf nicht ausser Acht gelassen werden, dass ein Sanierungsbedürfnis von rund CHF 1.4 Mio., welches so oder so in der nächsten Zeit anfällt, im Kredit von CHF 2.44 Mio. enthalten ist. Die ursprüngliche Schätzung für den Projektierungskredit von CHF 2.7 Mio. konnte unterschritten werden, was auch ein Zeichen dafür ist, dass man auf die Kosten achtete und die Ausgaben nicht mit der grossen Kelle für dieses Projekt plante. Grundsätzlich könnte man auf einen günstigeren Belag ausweichen, macht aber aus Sicht der Gestaltung des Platzes und der Sicherheit wenig Sinn. Der Vorteil des gewählten Belages ist eine ca. 30 % längere Lebensdauer. Damit zeigt man die Kosten / Nutzen und die Folgekosten in Zukunft auf.

Nutzen: Der Platz wird im eigentlichen Sinn des Wortes zur Begegnungszone, wo man auch einmal ein Wort wechseln, sich hinsetzen und ausruhen kann. Die Verkehrssicherheit wird erhöht. Inwil erhält den schon lange gewünschten Dorfplatz.

Empfehlung: Die Baukommission empfiehlt Ihnen, mit einer Enthaltung, der Vorlage zu zustimmen.

Leo Inderbitzin

Die CVP-Parteiversammlung ist in der Diskussion sehr rasch zu einer sehr klaren Mehrheit gekommen. CHF 1.4 Mio. Kosten müsste man so oder so in den nächsten Jahren für Unterhaltsarbeiten ausgeben. Die restlichen verbleibenden CHF 1 Mio. investiert man in mehr Verkehrssicherheit und in eine neue sehr schöne Begegnungszone. Das ist unserer Ansicht nach für so einen wichtigen Meilenstein angemessen.

Eine so grosse Chance, wo auch die Nachbarliegenschaften mitmachen, kommt sehr lange nicht mehr - wenn überhaupt in der gleichen Art. Die CVP sagt darum klar ja zum Baukredit und empfiehlt Ihnen, dem ebenfalls zuzustimmen.

Michael Riboni

Ich bin zwar Mitglied der Baukommission, spreche heute jedoch als Mitglied der SVP Baar. Für uns ist es unbestritten, dass der öffentliche und zentrale Platz, auf dem sich die Inwilerinnen und Inwiler ausserhalb ihres Quartieres treffen können, eine gewisse Aufwertung erfahren soll. Es ist jetzt, wo noch kein Sanierungsbedarf ansteht, aus unserer Sicht auch der richtige Zeitpunkt, die Dorfplatzgestaltung in Angriff zu nehmen.

Aber nur wenn baulich etwas gemacht werden muss, heisst das noch lange nicht, dass ein Luxusprojekt realisiert werden muss. Ich zitiere aus der Vorlage des Gemeinderates: „Den Grienbach sicht- und erlebbar machen. Den Grienbach ökologisch aufwerten, Eigenheiten, Geräusche, Pflanzen und die Tierwelt erlebbar machen. Durch eine attraktive Bepflanzung die notwendige Intimität in den Sitzbereichen schaffen.“ Das klingt für mich nicht nach einem einfachen, multifunktionalen Dorfplatz sondern mehr nach einem Selbstverwirklichungsprojekt von einem Landschaftsarchitekt. Eben nach einem absoluten Luxusprojekt. In Zeiten, in denen uns der Gemeinderat in den nächsten Jahren Aufwandüberschüsse voraussagt und in denen gemäss Gemeinderat Notwendiges und Wünschbares zu trennen ist, haben solche luxuriöse und überdimensionierte Dorfplatzgestaltungen aus unserer Sicht keine Berechtigung.

Die SVP Baar beantragt Ihnen deshalb, den Baukredit um CHF 240'000.– zu kürzen. CHF 240'000.– ist genau der Betrag, der eingespart werden könnte, wenn man auf den in der Vorlage erwähnten speziellen Gussasphalt verzichtet. Ob man auf diesen Asphalt verzichten soll oder nicht, möchte die SVP jedoch dem Gemeinderat überlassen. Denn die CHF 240'000.–, das sind wir uns sicher, können wir im vorliegenden Bauprojekt auch problemlos wo anders einsparen. Etwa bei der Position „Wasserbau“. Wir fragen uns, braucht es einen Zugang zum Grienbach über eine neu geschaffene Treppenanlage? Besteht in Inwil überhaupt der Bedarf nach einem solchen Wasserzugang? Kann man seine Füsse nicht auch an einer anderen bereits heute zugänglichen Uferstelle Richtung Rittmeyer baden?

Erwähnenswert sind auch die Positionen „Ausstattungen und Mobiliar“ von CHF 160'000.– sowie „Bepflanzungen“ von CHF 140'000.–. CHF 160'000.– für Mobiliar und Ausstattungen? Inwil soll zweifelsfrei einen gut ausgestatteten Dorfplatz erhalten. Aber „vergoldete Sitzbänke“ fordern und brauchen die Inwiler nun doch nicht.

Ebenfalls erwähnenswert ist schlussendlich auch die Position „Unvorgesehenes“ mit ca. 8 %. CHF 160'000.– für Unvorgesehenes? Für was bezahlen wir denn die teuren Planer und Landschaftsarchitekten, wenn wir am Schluss eines übersichtlichen Bauprojektes noch so viele Unsicherheiten haben? Auch diese Position gilt es, zu minimieren.

Auf Grund dieser beispielhaften Aufzählung sehen Sie, dass bei diesem Baukredit durchaus Einsparpotential vorhanden ist. Ein Luxusprojekt darf sich Baar in dieser Zeit nicht leisten. Nur immer vom Sparen zu reden, reicht nicht. Es braucht endlich Taten. Sagen Sie jetzt nicht, was möchte Riboni mit Kürzungen von CHF 240'000.–? Im Jahresbudget sei das ja kein Betrag. Doch Hand aufs Herz, wer von Ihnen verdient CHF 240'000.– im Jahr? Ich jedenfalls nicht. Und ich wage zu behaupten, dass wir mit rund CHF 240'000.– rund drei Gemeindeangestellten während einem Jahr den Lohn zahlen können. CHF 240'000.– sind also alles andere als ein Tropfen auf den heissen Stein. Entlasten wir heute Abend gemeinsam die Gemeindekasse und sagen wir Ja zu einem neuen Ortszentrum in Inwil, aber Nein zu einem Luxusprojekt und Nein zu unnötigem Schnickschnack. Ich bitte Sie darum, unserem Kürzungsantrag von CHF 240'000.– zuzustimmen.

Daniel Abt

Die FDP wird dieser Vorlage zustimmen, wie sie es bereits im Juni 2013 beim Projektierungskredit gemacht hat. Wenn man der Ansicht ist, dass es ein Luxusprojekt ist oder dagegen opponiert, wäre es der Zeitpunkt gewesen, als man den Wettbewerbskredit gesprochen hat. Und nicht mehr heute an Details herumfeilt. Ich denke, es ist ein sinnvolles Projekt so wie es geplant ist. Die FDP unterstützt ebenfalls den Bodenbelag, so wie er vorgeschlagen ist.

Wir haben allerdings ein Anliegen. Dies möchte ich nochmals unterstreichen, dass es sicher beachtet wird. Wir haben dort eine Begegnungszone. Wenn wir uns die Begegnungszone beim Bahnhofplatz vorstellen, wissen wir, dass die Menschen vom Bahnleis zum Gotthardcenter gehen. Wir haben in Inwil einen Schulweg. An einem dunklen Morgen möchte ich einfach, dass die Beleuchtung funktioniert und die Schulkinder von den Autofahrern gesehen werden. Bitte haben Sie ein Augenmerk darauf.

Georg Joho

Der Gemeinderat hat vom Stimmvolk im Richtplan 2005 den Auftrag erhalten, in Inwil einen attraktiven Ortskern mit einem aufenthaltsfreundlichen Freiraum zu schaffen. Der Baukredit mit einem guten Projekt für das Vorhaben liegt nun 10 Jahre später vor. Der Gemeinderat hat uns beim Projektierungskredit vor eineinhalb Jahren versprochen, die prognostizierten Baukosten von damals CHF 2.7 Mio. zu reduzieren und nur das nötigste einzuplanen. Mit dieser Vorlage hat er das gemacht. Es war eine Kostenreduktion von 10% möglich. Eine weitere Reduktion der Baukosten mit einem Belagswechsel wäre ein Fehler. Für die Sicherheit der Kinder im Dorf und auf dem Schulweg ist der jetzt geplante andersfarbige Gussasphaltstrassenbelag das zentrale Element. Der Gussasphaltbelag ist gegenüber einem normalen Asphalt auch deutlich robuster und die Lebensdauer um 30% höher. Mit einem normalen Asphaltbelag wäre zu befürchten, dass schon in kurzer Zeit im Restaurant Ebel durch den Bus Spurrillen entstehen, die regelmässig repariert werden müssten. Wenn Sie der Überzeugung sind, dass auch Inwil einen attraktiven Ortskern haben darf, Ihnen die Sicherheit der Schulkinder nicht egal ist und Sie unsere knappen Finanzmittel zielgerichtet einsetzen möchten, sagen Sie wie die Alternative - die Grünen und die SP Ja zum Antrag des Gemeinderates und Nein zum Kürzungsantrag der SVP.

René Suter

Zusammen mit meinem Kollegen Daniel Spörri bin ich Vorstand der NABIA, der Nachbarschaft Inwil-Arbach, zuständig für die Anliegen der Nachbarschaft in Sachen Verkehr und Infrastruktur. Verstärkt um zwei weitere aktive NABIA-Mitglieder, Heinz Haupt, langjähriger, jahrzehntelanger Inwiler, und Mario Baumgartner, studieren wir regelmässig die entsprechenden Projekte in Inwil und tauschen uns mit der Gemeinde, hauptsächlich mit der Baukommission, aus und bringen allenfalls Vorschläge und Wünsche ein. Genau das haben wir auch beim betreffenden Projekt Dorfplatz- und Strassenraumgestaltung Inwil gemacht. Unser Fazit zum Projekt entspricht so ziemlich dem, was in den Gemeindeunterlagen an Positivem bereits ausgeführt wurde. Auch wir finden, dass durch die Schaffung einer Begegnungszone die Aufenthaltsqualität im Ortskern von Inwil und gleichzeitig die Verkehrssicherheit für alle Verkehrsteilnehmer erhöht werden. Das wichtigste ist dabei für uns, der verbesserte Schutz von allen Fussgängergruppen. Das ist insbesondere der bessere Schutz von vielen und immer

mehr werdenden Schulkindern. Viele und immer mehr, dies im Zusammenhang mit der vermehrten Bautätigkeit, müssen im Moment eine ziemlich unübersichtliche Strasse auf dem Weg zum Schulhaus überqueren. Damit sich das ändert und Verbesserungen hinsichtlich der Qualität des Ortskerns, vor allem betreffend Verkehrssicherheit für die schwächsten Fussgängergruppen, realisiert werden können, möchten wir Sie bitten, diesem Kredit zuzustimmen. Dies am liebsten natürlich in der nachhaltigen Variante mit dem Gussasphalt, damit die Begegnungszone auch als solches erkennbar ist und die notwendige Sicherheit gewährleistet werden kann.

Paul Langenegger

Was ist überhaupt Luxus? Wir haben bei der Bewilligung des Projektierungskredits gehört, dass wir schauen müssen, dass wir kein Luxusprojekt planen. Das haben wir auch gemacht. Es ist kein Luxus in Inwil. Auch wenn man sieht, dass man zum Bach hinuntersteigen kann, das macht CHF 15'000.– aus, ist das kein Luxus. Der Gemeinderat empfiehlt Ihnen, dem Baukredit von CHF 2.44 Mio. zuzustimmen.

Zum jetzigen Zeitpunkt ist der Platz für die Kinder wirklich gefährlich. Velo- oder Autofahrer müssten eigentlich eine Stopp-Strasse kennen, doch das ist dort leider nicht der Fall. Der Gemeinderat kann nicht die Menschen erziehen, wie man fährt oder eben nicht. Bei dieser Begegnungszone machen wir sehr viel für die Sicherheit der Schwächsten, vor allem der Kinder.

Die FDP hat die Schulung der Kinder angesprochen. Wir haben das mit der Schule abgesprochen, dass die Kinder in die Tempo-20-Zone eingeführt werden. Sie sollen lernen, wo sie Vortritt haben und das Auto warten muss. Diesen Auftrag übernehmen wir mit der Schule zusammen. Als Inwiler kann ich versichern, dass ich stolz bin, wenn wir diesen Platz realisieren können.

Andreas Hotz

Es liegt ein Kürzungsantrag der SVP vor, dass der Baukredit von CHF 2.44 Mio. auf CHF 2.196 Mio. reduziert werden soll. Der Gemeinderat hat seine Ausführungen gemacht.

Antrag (SVP)

Der Baukredit für den Ortskern Inwil, Platz- und Strassenraumgestaltung, sei um CHF 240'000.– auf CHF 2'196'000.– zu kürzen.

Beschluss

Der Antrag um Kürzung des Baukredits wird mit grosser Mehrheit nicht genehmigt.

Antrag

1. Für den Ortskern Inwil, Platz- und Strassenraumgestaltung, sei ein Baukredit von CHF 2'440'000.– (inkl. MWSt) zu bewilligen.
2. Der Baukredit erhöht oder senkt sich bis zum Zeitpunkt der Vertragsausfertigung entsprechend der Teuerung des Zürcher Baukostenindexes, Stand 1. Oktober 2013. Nach Vertragsabschluss erfolgt die Teuerungsabrechnung aufgrund der jeweiligen ausgewiesenen Teuerung.

Beschluss

1. Der Baukredit von CHF 2'440'000.– (inkl. MWSt) für den Ortskern Inwil, Platz- und Strassenraumgestaltung, wird mit 6 Gegenstimmen bewilligt.
2. Der Baukredit erhöht oder senkt sich bis zum Zeitpunkt der Vertragsausfertigung entsprechend der Teuerung des Zürcher Baukostenindexes, Stand 1. Oktober 2013. Nach Vertragsabschluss erfolgt die Teuerungsabrechnung aufgrund der jeweiligen ausgewiesenen Teuerung. 1 Gegenstimme.

Traktandum 6

Umnutzung und Sanierung Schwesternhaus – Projektierungskredit

Die Vorlage des Gemeinderates vom 10. November 2014 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

Karl Bürgler

Das Schwesternhaus wurde im Jahr 1999 durch die Gemeinde Baar erworben und während vielen Jahren von verschiedenen Abteilungen der Gemeinde sowie vom Italienerverein genutzt. Das Schwesternhaus ist im rechtskräftigen Ortsbildschutzplan von 1991 als Schutzobjekt aufgeführt. Das bedeutet, dass das Haus in seiner Substanz erhalten bleiben muss und nicht abgebrochen werden kann. Seit dem 1. Mai 2014 steht das Schwesternhaus ebenfalls als Baudenkmal von lokaler Bedeutung unter kantonalem Schutz. Als Bestandteil einer Baugruppe im Zentrum von Baar stellt das Schwesternhaus einen wesentlichen Teil von einem historisch intakten Bild dar. Die Gebäudestruktur ist grundsätzlich in einem guten Zustand, doch stehen umfassende Sanierungsarbeiten an, um einen weiteren Wertzerfall zu stoppen. Das beauftragte Architekturbüro hat einen qualitativ und wirtschaftlich guten Konzeptvorschlag erarbeitet, damit der Charakter des Gebäudes, der sich durch eine einfache, klare und pragmatische Gestaltung zeigt, weiterhin in diesem Sinn Bestand haben wird.

Die Baukommission hat somit dem Antrag von einer Erhöhung des Projektierungskredits für die Ausarbeitung einer zusätzlichen kostengünstigeren Projektvariante mit einem Stimmverhältnis von 4 : 1 abgelehnt und ist auch in diesem Verhältnis dem Antrag des Gemeinderates nachgekommen. Somit unterstützen wir in diesem Verhältnis als Baukommission den Antrag auch im Sinne der FDP Baar.

Zari Dzaferi

Die SP sowie die Alternative - die Grünen begrüßen, dass die Renovation des Schwesternhauses unter Beteiligung von verschiedensten Nutzungsgruppen angegangen wurde. Nur so findet ein solches Projekt auch Mehrheiten. Dennoch hat ein solches Vorgehen auch Nachteile. Schauen wir den Vorschlag für die Nutzung des Gebäudes genauer an, kann man erahnen, dass es der Gemeinderat vielen Nutzungs- und Interessengruppen Recht machen möchte. Das ist zwar schön und gut, der Schuss kann aber auch nach hinten losgehen, wenn der Mix zu breit gefächert ist. Ein Nutzungskonzept für ein solches Gebäude fehlt und müsste nachgereicht werden.

Dennoch sollten Sie dem Projektierungskredit zustimmen. Auch wenn das Schwesternhaus im heutigen Zustand nicht zu den schönsten Häusern in unserer Gemeinde gehört, steht das Gebäude unter Denkmalschutz. Daher müssen wir das Schwesternhaus ohnehin sanieren, denn abreißen können wir es nicht. Es wäre auch schade. Je länger wir warten, je schlechter wird der Zustand des Hauses. Viel können wir ohnehin nicht an einem denkmalgeschützten Gebäude verändern. Die Struktur der Räume lässt jedoch eine vielfältige Nutzung zu. Das ist ein grosser Pluspunkt. Von einem Jugendhaus bis hin zu einem Mehrgenerationenhaus oder einem Kulturtreffpunkt kann sich in den nächsten Jahren eine Nutzungsform etablieren. Persönlich bin ich überzeugt, dass die Jugend einen Platz im Dorfkern verdient hat.

Sandra Zweidler

Ich spreche heute Abend für die SVP Baar und nehme Stellung zum Projekt im Namen unserer Partei. Wie wir alle wissen und wie es meine Vorredner bereits gesagt haben, ist die Lage sensationell. Da es mitten im Zentrum ist, hat das Gebäude, so denken wir, ein riesiges Potential. Wir haben uns deshalb vor allem über das Nutzungskonzept unterhalten und hatten einige Diskussionen dazu. Diese Gedanken möchte ich mit Ihnen teilen.

Es hat viele Zeichnungen. Es wäre schön, wenn Sie die Seite 47 in der Vorlage aufschlagen. Gemäss Nutzungskonzept ist der Mehrzweckraum die vorgesehene Nutzung. Wenn ich unter www.baar.ch den Begriff „Mehrzweckräume“ eingebe, komme ich auf sage und schreibe neun Räume. Dies sind unter anderem die Rathaus-Schüür, der Gemeindesaal, die Aula Sennweid oder die Rainhalde. Alle diese Räume verfügen über eine Infrastruktur wie eine Küche zum Kochen oder für ein Catering. Dazu kommt die Gastronomie. Ich finde es schade, dass diese manchmal vergessen werden. Denn auch dort gäbe es vielleicht Räume zu vermieten und vielleicht wären sie froh, wenn sie genutzt werden. Das würde ihnen Geld bringen. Es wäre schade, wenn der Mehrzweckraum an einer solch zentralen Lage lange leer stehen würde.

Ich komme zum ersten Obergeschoss. Auf Seite 47 sehen Sie die Raumaufteilung. Wie die Vorredner gesagt haben, ist der Grundriss super, wenn man die äussere Struktur anschaut. Es ist ein rechteckiger Raum, die Fenster sind regelmässig angeordnet. Das ist für den Bauplaner sensationell denn es lässt zu, dass man eine grosse Nutzungsflexibilität planen kann. Man sieht jetzt, dass dort kleine Ateliers von 10m² geplant sind. Für Ateliers mag das gut sein, doch wenn man eine andere Nutzung möchte, muss alles wieder umgebaut werden. Es ist so kleinräumig, dass es nicht mehr dem heutigen Geist entspricht. Büros werden heute grossräumig geplant. Wir finden, dass es von der Planung her nicht ideal ist.

Das zweite Obergeschoss sieht man leider nicht auf dem Plan. Aber wer das Nutzungskonzept gelesen hat, stellt fest, dass nochmals Ateliers und Cliquesräume vorgesehen sind. Ich spreche alle Eltern von Teenagern an. Bei mir ist es noch nicht so lange her. Ich weiss noch, als ich jung war und wir Jugendkeller und Jugendräume zur Verfügung hatten, haben wir das nicht wirklich cool gefunden und sind auch nie hingegangen. Ausser es war ein Anlass. Jetzt möchte man dort wieder Cliquesräume machen. Ich habe das Gefühl, es ist verschwendetes Geld. Die Räume werden wieder nicht regelmässig genutzt und nebenbei haben wir bereits das Jugendcafé. Auch dieses, so habe ich gehört, wird auch nicht wirklich genutzt. Bei Anlässen kommen Gäste, sonst sei es mehrheitlich leer. Also wieder Räume, die nicht effizient genutzt werden und mehrheitlich leer stehen. Und dies an einer so guten Lage.

Kommen wir nun zum Dachgeschoss. Wie Sie auf Seite 48 sehen, sind dies 62 m² mit zwei kleinen Dachlukarnen. Wer das Haus kennt und die Fenster von Aussen sieht, weiss, dass es sehr kleine Fenster sind und es dort wenig Licht gibt. Man muss mit künstlichem Licht nachhelfen. Ich weiss nicht, ob es dort nochmals einen Mehrzweckraum benötigt.

Um das ganze abzurunden - jetzt kommen wir zu den Zahlen - blättern Sie bitte nach vorne zur Seite 13. Hier sehen Sie die Finanzrechnung. Da wir darüber bereits gesprochen haben, halte ich mich kurz. Sie sehen, dass wir ein budgetiertes Minus im 2015 von über CHF 6.5 Mio. haben. Schauen wir auf der gleichen Tabelle weiter unten, sind die Abschreibungen, Nettoinvestitionen dabei. Das ist Geld, das man investieren muss und das kann man nicht ewig hinausschieben. Wenn man die unterste Linie anschaut,

ist das Loch im Kässeli grösser als vorher. Wir sehen, dass das über die Jahre nicht besser wird. Deshalb fragen wir uns, wieso macht man an einer solch zentralen Lage, an einem Gebäude, das so viel Potential hat, ein Nutzungskonzept, das nicht nur beim Bauen kostet sondern auch praktisch kein Geld bringt. Ich habe das Gefühl, dass man etwas Gescheiteres machen könnte, damit in die Kassen der Baarer etwas kommt.

Aus all diesen erwähnten Gründen erachten wir das geplante Nutzungskonzept als nicht akzeptabel. Wir finden, dass das ganze Geschäft an den Gemeinderat zurückzuweisen ist und an der nächsten Gemeindeversammlung ein modifiziertes Nutzungskonzept unterbreitet wird, welches eine höhere Auslastung vorsieht, und die Finanzen anschaut. Es wäre sehr schön, wenn Sie unseren Antrag unterstützen.

Andreas Hotz

Wir haben einen Ordnungsantrag, einen Rückweisungsantrag. Gemäss § 76 des Gemeindegesetzes des Kantons Zug bedeutet das, dass der Antrag umgehend zur Abstimmung kommt. Selbstverständlich können wir vorher unsere persönliche Meinung abgeben. Gerne gebe ich Walter Lipp das Wort, welcher sich betreffend Nutzungsabklärungen im Schwesternhaus engagiert hat.

Ich erlaube mir eine Bemerkung zu der Aussage, dass die Gastronomie betreffend Räumlichkeiten berücksichtigt werden soll. Jede Person, die Vereinstätigkeiten macht, weiss, wie schwierig es ist, an einem Ort einen Raum zu reservieren, ohne dass man zu einem massiven Konsum genötigt wird. Die Räumlichkeiten der Gemeinde, sind sehr stark ausgelastet. Gerade aus diesem Grund ist es zwingend notwendig, dass man Vereinen und Jugendlichen Möglichkeiten gibt, sich zu entfalten. Das Schwesternhaus eignet sich aus meiner persönlichen Sicht und aus der Sicht des Gemeinderates hierzu optimal. Restaurants mit Sälen sind nach meiner Kenntnis praktisch nicht mehr vorhanden.

Walter Lipp

Ich wurde beauftragt, eine Bedürfnisabklärung bei den Abteilungen vorzunehmen. Ich habe darin gefragt, wer Bedarf an Räumen hat. Wir haben eine Kulturstudie, die besagt, dass wir Räume für die Kultur zur Verfügung stellen sollten. Es ist klar, dass man bei Platz diese dann entsprechend berücksichtigt. Auch haben wir eine Jugendstrategie, die besagt, dass neben dem Jugendcafé immer mehr Räumlichkeiten für unsere Jugend benötigt werden. Am Sinnvollsten bringt man diese im Schwesternhaus unter. Wir möchten, dass auch die Gemeinschaft nicht zu kurz kommt, weshalb Möglichkeiten für Mehrfachnutzungen bestehen müssen. Vereine und Parteien zum Beispiel könnten sich im Erdgeschoss verwirklichen. Zuerst kann man mit Ausstellungen oder kleinen Veranstaltungen etwas machen. Das Haus soll leben!

Spezifisch zur Raumgrösse. Es werden Leichtbauwände verwendet, die bei nicht ausgewiesenem Bedarf entfernt werden können. Wir haben Grundlagen, die mehr Räume verlangen. Wenn ich sehe, wo die Parteien ihre Versammlungen abhalten, muss niemand sagen, dass wir genügend Säle haben. Eine Partei ist zuhause, eine im Bären und der Rest im Sport Inn. Es ist nicht Sache der Gemeinde, zu wirteln, doch es ist Sache der Gemeinde, entsprechende Räume zur Verfügung zu stellen. Das Bedürfnis ist vorhanden, auch die Schulen haben ihr Bedürfnis angemeldet. Sie sollen dieses Haus mit Leben füllen. Ich denke, dass es gut organisiert werden kann, dass jeder zu sei-

nem Raum kommt bzw. sein Bedürfnis dort abdeckt. Deshalb ist es wichtig, dass das Geschäft nicht zurück gewiesen wird. Wir würden wieder mit dem gleichen kommen.

Andreas Hotz

Wir kommen zum Rückweisungsantrag, über welchen wir sofort befinden müssen. Die SVP Baar hat einen Rückweisungsantrag gestellt. Der Gemeinderat Baar stellt sich gegen diesen Rückweisungsantrag. Wir kommen zur Abstimmung.

Antrag (SVP)

Das Geschäft sei an den Gemeinderat zurück zu weisen.

Beschluss

Der Rückweisung wird grossmehrheitlich nicht zugestimmt.

Antrag

Für die weiteren Planungsarbeiten mit Erarbeitung eines Bauprojektes mit einem detaillierten Kostenvoranschlag für die Umnutzung und Sanierung des Schwesternhauses sei zu Lasten der Investitionsrechnung ein Projektierungskredit von CHF 380'000.– zu bewilligen.

Beschluss

Dem Projektierungskredit wird mit 10 Gegenstimmen zugestimmt.

Traktandum 7

Schule Wiesental – Rückbau und Neubau - Planungskredit

Die Vorlage des Gemeinderates vom 10. November 2014 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

Paul Langenegger

Sie konnten der Zeitung entnehmen, dass teilweise mit fragwürdigen Argumenten diskutiert wurde. Letzten Sommer haben wir festgestellt, dass die Schulraumplanung sehr komplex ist und wir jemand Externes zuziehen müssen. Wir haben das Büro Christoffel zugezogen, das in Menzingen, Zug und der gesamten Deutschschweiz Raumplanungen für Schulen macht. Herr Christoffel hat beim ersten Gespräch gesagt, dass der Terminplan sehr eng ist, wenn er seriös umgesetzt werden soll. Er hat uns versprochen, dass der Bericht bis Ende November vorliegt. Kürzlich musste er mitteilen, dass der Bericht zwar vorliege, jedoch noch nicht ganz fertig ist und noch einige Anpassungen gemacht werden müssen. Wir sollten ihn am 20. Dezember erhalten. Dies hat uns überrascht, wie wir zugeben müssen, doch er hat gesagt, dass er es seriös machen will und nicht irgendwas abliefern möchte.

Die Schulraumplanung wäre so oder so Ende November gekommen. Wir hätten sie heute zwar auf dem Tisch und ich könnte sie Ihnen zeigen. Das kann ich jetzt leider nicht. Die Schulraumplanung muss noch durch die Schulkommission, durch die Baukommission, durch die RGPK sowie durch den Gemeinderat seriös hinterfragt und ausführlich diskutiert werden. Das braucht Zeit.

Vom Wiesental haben wir zwei Gutachten. Das Schulhaus ist momentan brauchbar für die Schule, doch wir wissen nicht wie lange. Es kann in kurzer Zeit sein, dass Provisorien aufgestellt werden müssen, oder auch nicht. Wir dürfen nicht in eine Hysterie verfallen, sondern das Geschäft dringlich und seriös angehen.

Wir stimmen heute nicht über einen Projektierungskredit sondern über den Planungskredit ab. Wir möchten seriös vorwärts machen. Wenn wir jetzt die Anträge um Kürzung des Kredits gutheissen, ist das nicht seriös. Es können Zeiten kommen, in denen das Haus schneller absinkt. Darum müssen wir vorwärts machen. Auch möchte ich nie Vorwürfe hören, dass der Gemeinderat nicht gesehen hat, dass etwas gemacht werden muss. Deshalb wären wir sehr froh, wenn wir vorwärts machen können, mit der Raumplanung, mit der Machbarkeitsstudie, mit dem Wettbewerb und schliesslich mit dem Baukredit. Wenn wir das nicht machen können, verlieren wir zwischen 6 und 12 - 15 Monate Zeit. Das können wir uns nicht leisten. Bitte stimmen Sie dem Planungskredit zu.

Leo Inderbitzin

Es ist eine sehr umfangreiche Vorlage, die die Zustände beim Schulhaus Wiesental auf 13 Seiten darstellt. Die Baukommission hat sich in erster Linie mit dem Zustand befasst und was gemacht werden kann, oder gemacht werden muss und was das Richtige ist.

Das Fazit dieser umfangreichen Untersuchungen, die wir schrittweise begleitet haben, ist, dass kein Weg daran vorbei führt, dass ein Vollersatz unumgänglich ist. Neben der nötigen Schulraumplanung Nord ist auch der Bedarf an Turnhallen zu evaluieren. Dabei ist auch das Konzept der Vereine einzubeziehen. Das Ergebnis dieser Erhebung fliesst in den nächsten Schritt, in die Machbarkeitsstudie.

Der Totalrückbau, so wie er daher kommt, ist nicht alltäglich und hat Sie sicher alle mindestens am Anfang erschreckt. Uns auch. Ich möchte Ihnen mit den nachfolgenden Überlegungen aufzeigen, dass der nötige Rückbau nicht so schlimm ist, wie man das im ersten Moment einschätzt.

Gehen wir davon aus, wir hätten keine Probleme mit den Setzungen gehabt. Die Schulanlage Wiesental ist nun 44 Jahre alt. Ungefähr in der Halbzeit einer normalen Lebensdauer stehen sehr umfangreiche Erneuerungsarbeiten an. Sozusagen müsste alles nächstens ohnehin erneuert werden. Die Haustechnik innen, Fenster, Dach, Fassade, zusätzliche Wärmedämmungen etc. Wie läuft das in der Praxis ab? In diesem Stadium, in dem wir uns jetzt befinden, hat man das bei der Schulanlage Inwil vor einigen Jahren deutlich gesehen. Stellen Sie sich vor, am Anfang wird alles geräumt, zurück gebaut, bis nur noch das leere Traggerüst steht, eigentlich das Skelett. Sie kennen das bei Neubauten, wenn der Rohbau gemacht wird. Stellen Sie sich nun weiter vor, wir hätten kein Veränderungsbedürfnis und möchten genau das gleiche Schulhaus, so dass es die nächsten 50 Jahre Lebenszeit vor sich hat. Jetzt geht das leider nicht, da das Traggerippe für die Sanierung nicht mehr brauchbar ist. Wie viel verlieren wir in der Gemeinde mit diesem Rückbau nun wirklich? Was kostet uns das? Man kann das mit Erfahrungszahlen grob herleiten. Im Fall Wiesental kommt man auf ca. CHF 2.5 bis 3 Mio. inkl. dem nötigen Rückbau von dem Traggerippe.

Nun wurden die Pfähle vor 44 Jahren leider eingespart. Das eingesparte Geld von ca. CHF 1 Mio. wurde bestimmt anderweitig geschickt eingesetzt. Es mussten zum Beispiel einige Gebäude weniger fremdfinanziert werden etc. Nehmen wir als Beispiel 2.5% Zins. In diesen 44 Jahren gibt das tatsächlich die stolze Summe von CHF 2.9 Mio. Ich verstehe Sie, wenn Sie diese Überlegungen noch nicht ganz akzeptieren können oder wollen. Die aufgezeigte Berechnung beinhaltet noch keine Kostenüberlegungen für die Zukunft, für den neuen Bedarf an Räumen. Möchte man sanieren und gleichzeitig erweitern, müsste man Kompromisse eingehen. Das bedeutet neben diesen Kompromissen immer Mehrkosten. Damals, ich vergleiche wieder mit Inwil, wurde diskutiert, ob das Gebäude abgerissen und neu gebaut werden soll. Dort gab es kein Problem mit Setzungen. Man hat sich für Sanierung, Umbau und Erweiterung entschieden. Im Nachgang inkl. Abrechnungsstudie war das der richtige Entscheid. Es ist aber kein riesiger Vorsprung gegenüber einem Neubau.

Jetzt haben wir die Chance, nach vorne zu schauen und alle aktuellen Bedürfnisse von der Schulraumplanung, von den Vereinen, der Turnhallen etc. auf dem Gelände einzu beziehen. Das bedeutet einen grossen Mehrwert. Damit dürfte der vermeintliche Schaden des Rückbaus mehr als wettgemacht werden. Sofern man bereit ist, das auf eine sehr lange Frist anzuschauen.

Im Moment ist der Zustand so, dass der Trakt E über provisorische Holztremmel-Stützen verfügt. Die Gemeinde ist verpflichtet, die Sicherheit der Kinder und der Lehrer zu gewährleisten. Es wird laufend beobachtet und es wird auch nichts passieren. Paul Langenegger hat aber gesagt, dass es unberechenbar ist, wo und wie schnell sich das weiter setzen wird. Wir kommen nicht darum herum, dass zusätzliche Holztremmel gestellt werden müssen.

Damit möchte ich sagen, dass wir tatsächlich vorwärts machen müssen. Es kann nicht sein, dass zu lange gewartet wird. Sonst sehen die Kinder vor lauter Bäumen, in diesem Fall im Schulzimmer, den Lehrer nicht mehr. Es ist wichtig, zügig vorwärts zu machen. Im Namen der Baukommission empfehlen wir Ihnen dringend, dieser Vorlage zuzustimmen.

Armin Stöckli

Ich spreche für die RGPK. Mein Vorredner hat für die Baukommission gesprochen. Wenn Sie auf Seite 64 sehen, kommt nach der Baukommission unsere Stellungnahme zur Wiesental-Vorlage.

Ich muss Ihnen allerdings mitteilen, dass wir unsere Vorlage nun ändern müssen. Es liegen andere Umstände vor, als zum Zeitpunkt, als wir darüber entscheiden mussten. Wir als RGPK haben die Aufgabe, die Grundlagen, auf welchen der Gemeinderat entscheidet, anzuschauen und zu beurteilen, ob er alles einbezogen hat.

Wie Sie unserer Vorlage entnehmen können, wollten wir Nein sagen, weil die Grundlagen dazumal nicht vorhanden waren. Der Gemeinderat wollte nochmals ein Gespräch und hat versprochen, dass alles bis Ende November 2014 vorliegt. Unter diesen Umständen haben wir entschieden, dass wir - wenn wir die Unterlagen noch vor der Gemeindeversammlung anschauen können und die Kontrolle machen können - den Text so zu schreiben, wie Sie ihn in der Vorlage lesen können. Allerdings sind diese Grundlagen nicht vorhanden. Deshalb müssen wir Ihnen ein Nein vorschlagen.

Sie müssen sich vorstellen, dass Sie ein junger Familienvater oder eine junge Familienmutter sind und morgen einen Termin mit dem Architekten haben, weil Sie ein Haus bauen möchten. Ein Einfamilienhaus für Sie und Ihre Kinder. Der Architekt wird morgen bestimmt fragen, wie gross denn das Haus sein muss. Jetzt müssen zuerst die Raumbedürfnisse abgeklärt werden, haben wir ein oder zwei Kinder. Oder kommt in zwei Jahren noch ein drittes oder ein viertes dazu. Das muss ich wissen, sonst weiss ich nicht, ob ich ein 4-, 5- oder gar 6-Zimmer-Haus benötige. Wenn das nicht vorliegt, wie wollen Sie entscheiden, was Sie machen wollen? Das sind die Grundlagen, die nicht vorliegen. Es wurde gesagt, dass sie am 23. Dezember vorliegen sollten. Wenn die Grundlagen nicht vorliegen, kann die RGPK nicht darüber entscheiden. Es ist für uns unmöglich, ohne die Grundlagen zu kennen, eine Entscheidung zu fällen. Die Schulraumplanung war auf Februar angesagt und wurde zuerst auf April, dann Juni, dann Oktober und anschliessend November verschoben, jetzt heisst es sogar Dezember. Ich glaube nicht mehr dran, bis sie vor mir auf dem Tisch liegt.

Wenn man nicht darüber entscheiden kann und die Grundlagen nicht vorhanden sind, kann man auch nicht Ja sagen. Die RGPK empfindet es als unseriös, wenn wir Ihnen einen Planungskredit von CHF 2.33 Mio. vorschlagen, ohne die Grundlagen zu kennen. Ebenfalls schauen wir es als falsch an, wenn man ohne die Grundlage zu kennen, Entscheide fällt. Wie können wir Ihnen ein Ja empfehlen, wenn wir es nicht angeschaut haben? Die demokratische Entscheidungsfindung wird umgangen, da wir unsere Aufgabe nicht wahrnehmen können. Deshalb empfehle ich Ihnen ein Nein. Sie verlieren nichts. Im Gegenteil, Sie gewinnen etwas. Erstens sehen Sie, ob es wirklich CHF 2.33 Mio. sind, und zweitens braucht es keine 6 Monate, denn man kann die Gemeindeversammlung auch im März durchführen. Damit gewinnen Sie sogar einen Aperero mehr im nächsten Jahr.

Pirmin Frei

Ich stelle Ihnen im Namen der CVP Baar einen Antrag. Bitte schlagen Sie die Vorlage auf Seite 63 auf. Der Antrag lautet: Der Planungskredit sei bis und mit Ziff. 3 inkl. eines Vorschlags für das weitere Vorgehen der Planung freizugeben.

Die CVP hat es sich bei diesem Geschäft nicht einfach gemacht. Wir haben mit unseren Vertretern in der Baukommission und unseren beiden Gemeinderäten intensiv über diese Vorlage gesprochen. Beide Gemeinderäte, Sylvia Binzegger und Paul Langenegger, haben für dieses Projekt bisher schon viel Herzblut vergossen und sie werden es auch weiterhin tun. Wie auch immer Sie heute entscheiden. Sie konnten dabei auf die engagierte und loyale Unterstützung ihrer Mitarbeitenden zählen, dafür gebühren den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Schulen bzw. der Bauabteilung unser Dank und unsere Anerkennung. Sie können sich sicherlich vorstellen, dass Sylvia und Paul heute Abend nicht restlos glücklich mit ihrer Partei sind. Aber so läuft Politik, so muss sie sein, Sache vor Personen. Vergessen Sie zwei Dinge nicht: 1. Es ist das grösste und vermutlich komplexeste Bauprojekt, das die Gemeinde Baar je an die Hand genommen hat. 2. Es ist ein Geschäft des Gesamtgemeinderates, eine Personifizierung wäre völlig fehl am Platz. In einem Punkt sind wir uns einig. Das Schulhaus Wiesenhalt lässt sich nicht mehr sanieren. Es muss abgerissen und neu gebaut werden. Das ist bedauerlich. Lamentieren bringt nichts. Aber so etwas darf in Zukunft nicht mehr vorkommen. Umso wichtiger ist es, dass die nächsten Schritte mit Vor- und Weitsicht geplant werden können.

Wir haben bereits mehrfach gehört, dass es ein äusserst komplexes Bauvorhaben ist. Wir müssen ein Schulhaus auf einem Boden bauen, der bekanntermassen instabil ist. Wir müssen ein Schulhaus in einer Phase bauen, in der die Voraussage der Schülerzahlen bzw. des Schulraums schwierig ist und sich die Schule als Institution im Wandel befindet. Stichworte dazu: Tagesschule, Schule mit Betreuungsangebot, neue Unterrichtsformen. Letztlich stehen wir vor einem gewissen, jedoch nicht akuten, Zeitdruck. Die Komplexität verlangt aus Sicht der CVP dreierlei. Erstens eine sorgfältige Aufbereitung der Entscheidungsgrundlagen. Zweitens der frühzeitige Einbezug von der zum Teil nachvollziehbar verunsicherten Bevölkerung und drittens trotz Zeitdruck ein schrittweises Vorgehen.

Zu den Entscheidungsgrundlagen gehören drei Elemente. Erstens die Schulraumplanung, zweitens eine bauliche Machbarkeitsstudie, die unter anderem Antworten auf folgende Fragen hat: Wo, wie gross und wie dicht kann und muss gebaut werden? Lässt sich der Schulbetrieb neben dem Baubetrieb aufrechterhalten? Oder braucht es zusätzliche Bauprovisorien, Baucontainer, allenfalls Verlegungen von Klassen in andere Schulhäuser? Kann das Gebiet überhaupt eine Dreifachturnhalle schlucken? Als drittes Element braucht es eine klare und transparente Definition des Wettbewerbsverfahrens. Es gibt verschiedene Varianten. Es gibt ein Architekturwettbewerb und ein GU-Wettbewerb - vielleicht noch andere. Diese Verfahren haben alle Vor- und Nachteile und sie sind mit unterschiedlichen Chancen und Risiken behaftet.

Die Grundlagen liegen heute nicht vor. Punkt. Der Gemeinderat selber weiss heute nicht, ob er im Wiesental ein Schulhaus für 3 Klassenzüge oder für 4 Klassenzüge bauen muss, oder ob zwei Einzel- oder eine Dreifachturnhalle notwendig sind. Glauben Sie wirklich, dass das keinen Einfluss auf die weitere Planung des Schulhauses hat? Der Gemeinderat will bereits heute, das sehen Sie auf Seite 63, einem Landschaftsarchitekten den Auftrag geben, die Umgebung zu planen und einem Elektroplaner, ein

Elektrokonzept zu entwickeln. Das ohne eine Vorstellung, wie das Bauprogramm aussieht. Ist das wirklich sinnvoll?

Wir Bürgerinnen und Bürger, die das Schulhaus letztendlich bezahlen, müssen die Entscheidungsgrundlagen nicht im Detail kennen oder verstehen. Wir müssen überhaupt nie die Gelegenheit erhalten, darüber abzustimmen. Doch wir haben Anspruch darauf, die Erkenntnisse aus den Planungsstudien zu kennen und präsentiert zu erhalten, bevor weiteres Geld ausgegeben wird. Das, liebe Damen und Herren des Gemeinderates, nicht weil wir Ihnen nicht vertrauen, sondern weil in diesem Saal ziemlich viel Kompetenz vorhanden ist, eine Planungsstudie genau zu beurteilen. Unterschätzen Sie Baarerinnen und Baarer nicht. Das alles hat mit Vertrauensbildung zu tun. Es bringt nichts, Vertrauen einzufordern, Sie müssen Vertrauen schaffen. Insbesondere in dieser speziellen und anspruchsvollen Situation. Das schaffen Sie nur dann, wenn Sie schrittweise vorgehen. Das heisst, Entscheidungsgrundlagen aufarbeiten, Schulraumplanung, Machbarkeitsstudie und Bedingungen des Wettbewerbs. Kommissionen und Stimmbürgerinnen und Stimmbürger müssen die Gelegenheit haben, davon Kenntnis zu nehmen und anschliessend den restlichen Planungskredit zu verlangen sowie gleichzeitig das weitere Vorgehen vorzuschlagen. Es gibt das ein- oder zweistufige Verfahren. Diese Möglichkeiten müssen sie erhalten. Das so vorgeschlagene etappierte Verfahren belastet das Projekt nur vordergründig. Zeit ist klar ein Stichwort. Doch das Schulhaus Wiesental wird nicht einstürzen, das wurde uns so bestätigt. Wir gehen ohnehin davon aus, dass das Schulhaus im Moment beobachtet wird und wenn sich irgendetwas markant ändern würde, würde man sofort einschreiten. Vor diesem Hintergrund rechtfertigt sich aus unserer Sicht, die Planungssicherheit vor das Tempo zu stellen. Ich frage Sie, was ist schon eine Verzögerung von einem halben Jahr oder von 9 Monaten, bei einem rund CHF 50 Mio. teuren Projekt, das uns 80 bis 100 Jahre dienen soll.

Wir von der CVP wollen das Projekt nicht verhindern. Wir wollen es auch nicht unnötig verzögern und schon gar nicht den Gemeinderat devalvieren. Betrachten Sie unseren Antrag als Chance.

Zari Dzaferi

Die SP und die Alternative - die Grünen bedauern sehr, dass wir ein erst 40-jähriges Schulhaus bereits abreißen müssen. Die Mehrkosten, die damit auf uns zukommen, sind gewaltig. Da können wir noch lange am Budget herumschrauben und hier und dort einige paar Franken einsparen. Wenn wir das Geld, wie in dieser Situation, aus dem Fenster werfen müssen, verfehlen wir mit den eingesparten Münzen unser Ziel und die Berechtigung dafür.

Man kann im Nachhinein nachschauen, wer die Falschfundation oder das Desaster zu verantworten hat. Aber ausser gegenseitiger Schuldzuweisungen wird das nicht viel bringen. Deshalb müssen wir nach vorne schauen und uns überlegen, wie sich solche Fehler in Zukunft vermeiden lassen. Für uns zeigt sich einmal mehr, dass Sparmassnahmen am falschen Ort langfristig zu höheren Kosten führen. Die SP und die Alternative - die Grünen sind nämlich überzeugt, dass man am meisten bei grossen Investitionsvorgaben spart. Das ist für unsere Gemeinde deshalb wichtig, weil alleine in den nächsten Jahren Investitionsvorhaben von rund CHF 300 Mio. vorgesehen sind.

Auch wenn ein gewisser Zeitdruck beim Neubau des Schulhauses Wiesental vorhanden ist, erwarten wir eine seriöse Vorbereitung des Geschäfts. Eine sorgfältige Schulraumplanung, wie ein Turnhallenkonzept, bildet dabei die Basis, um seriös planen zu

können. Die SP und die ALG haben das Vertrauen, dass der Gemeinderat dieser Forderung nachkommt. Sie werden dem Planungskredit zustimmen, auch wenn die vorliegenden Kosten hauptsächlich auf Hochrechnungen und Erfahrungswerten basieren. Wir erwarten vom Gemeinderat, dass er die RGPK periodisch und zeitnah über Kosten und Entwicklung informiert. Auch soll die Bevölkerung regelmässig über den Stand der Dinge informiert werden. Sie verdient es, zu wissen, wie ihr Steuergeld eingesetzt wird.

Und noch etwas zu den Schülerzahlen und der Schulraumplanung. Damals im Herti hat man extra kleinere Klassen gemacht. Man erstellte beim Fussballareal beim Herti einen Neubau und dachte, es kommen viele Familien mit Kindern und es braucht kleinere Schulklassen, dass die Klassen auch gefüllt werden können. Es passierte nichts. Die kleinen Klassen blieben kleine Klassen. Nicht, dass die Lehrperson zwingend etwas dagegen hätte. Allerdings muss man feststellen, dass die Planung schlussendlich für nichts war. Schulraumplanung kann auch wie Kaffeersatz-Lesen sein. Wir wissen nicht, was für Personen in die Überbauung einziehen. Das hängt auch vom Mietzins ab.

Andreas Hostettler

Ich erlaube mir kurz eine Bemerkung, bevor ich etwas zum Schulhaus Wiesental sage. Ich war heute Abend über eine Person hier vorne äusserst irritiert. Nicht was sie gesagt hatte, sondern was sie trug. Es geht um dich, Alois Gössi. Als ich dich hier vorne mit dem strahlend blauen Hemd sah, dachte ich, du seist der FDP beigetreten. Dann sah ich Pirmin strahlen, als er die orange Krawatte entdeckte. Ich war äusserst beruhigt, als ich deine knallroten Socken sah.

Passend zum Thema Wiesental und Schulraumplanung, möchte ich eine kleine Geschichte erzählen. Der Oberstufenlehrer Huber, ein sehr guter langjähriger Pädagoge, gibt seiner Klasse den Auftrag, eine grössere Arbeit zu einem im Stoffplan behandelten Thema zu schreiben. Es wird der Umfang, Aufbau und auch der Abgabetermin in acht Wochen definiert. Lehrer Huber möchte diese Note noch in das kommende Zeugnis einfließen lassen.

Es kommt wie es kommen musste, die einen beginnen sofort, die andern erst am Schluss. Mit dem Resultat, dass die meisten Schüler abgeben, ein paar wenige nicht. Herr Huber hat das wohlwissend eingeplant und gibt den Schülern nochmals zwei Wochen, damit es für das Zeugnis noch reicht. Legt es mir am Freitag in mein Fach! Es ist Freitagabend, Herr Huber erstellt im Lehreroffice die Zeugnisnoten. Von zwei Schülern fehlen die Arbeiten.

Was soll er jetzt tun? Gibt es eine 1? Er weiss, dass die Schüler intensiv an der Arbeit waren, soll er ihnen dafür trotzdem eine Note geben, die sie verdient haben? Er könnte ja einfach dazu noch die Benotung der Arbeitshaltung auf ungenügend anpassen. Liebe Zuhörer, wie würdet ihr das bewerten? Ich weiss, jede Geschichte und jedes Bild hinkt. Und doch ist klar, die Schüler haben gegen Vorgaben gehandelt und müssen die logischen Konsequenzen tragen. Wäre ja auch nicht fair denen gegenüber, welche ihre Hausaufgaben gemacht haben.

Ich weiss nicht, ob meine Aussage, welche letzten Samstag in der Zeitung betreffend Arbeitsverweigerung war, absolut fair und korrekt war. Sie hat sicher über das Ziel hinausgeschossen. Fakt bleibt, die Hausaufgaben wurden nicht fristgerecht abgeliefert.

Da jedoch der FDP und mir absolut klar ist, dass hier gehandelt werden muss und bei einer Rückweisung des Antrages nur die Falschen bestraft werden komme ich zum Schluss: Wir müssen vorwärts machen. Wir wissen, dass die Gebäude abgebrochen werden müssen. Eine Betriebsverlängerung wie bei den AKW's können wir ja nicht einfach machen.

Was die FDP unbedingt auf den Weg mitgeben will, dass den Kosten nach dem Architekturwettbewerb grösste Beachtung geschenkt wird. Wir wollen ein zweckmässiges, flexibles und einfach zu unterhaltendes Schulhaus. Möglichst viel Schulhaus für wenig Geld.

In dem Sinn stimmt, etwas zähneknirschend, die FDP dem Antrag zu. Sie hat jedoch für den Antrag der CVP grosse Sympathie.

Zurückkommend auf die Eingangsgeschichte vom Lehrer Huber. Die beiden Schüler haben die Konsequenzen getragen und eine 1 für die nicht abgegebene Arbeit erhalten. Sie mussten die Arbeit über die Ferien trotzdem fertigmachen.

Paul Langenegger

Ich hoffe, ich bekomme keine 1 und Sie stimmen dem Kredit heute zu. Armin Stöckli von der RGPK hat gesagt, wir könnten im März oder in den nächsten paar Monaten die gleiche Vorlage zusammen mit der Schulraumplanung nochmals traktandieren. Das wäre unseriös. Wenn ich Ihnen hier zeigen würde, dass das die Schulraumplanung ist. Die Schulraumplanung müsste zuerst von Kommissionen wie Baukommission, Schulkommission und RGPK wie auch vom Gemeinderat behandelt werden. Das müsste gemacht werden. Wir hätten heute auch nur mit einer Machbarkeitsstudie kommen können, doch wir haben einen zeitlichen Druck. Wir wären sehr froh, wenn Sie den Planungskredit heute sprechen.

Sylvia Binzegger

Die Situation war so, dass Lehrer Huber einmal einen Auftrag erteilt hat. Dann hat er aber im Verlauf, als die Schülerinnen und Schüler bereits am Schreiben waren, festgestellt, das noch etwas anderes einbezogen werden muss. Deshalb brauchte man dann etwas mehr Zeit.

Wir hatten im Herbst 2013 eine Schulraumplanung. Diese ging von den Voraussetzungen aus, dass eine bestehende Schule erweitert werden muss. Wir haben zwei Gutachten, eines war im Herbst vorliegend, eines kam im Frühling 2014 dazu. Diese haben aufgezeigt, dass ein vollständiger Rückbau und ein Neubau nötig sind. Aufgrund dieser geklärten Voraussetzungen konnte man an eine neue Schulraumplanung gehen. Wie bereits erwähnt, hat es zuerst einen Schock ausgelöst, dass das Schulhaus - das noch nicht so alt ist - vollständig abgerissen werden soll und gleichzeitig hat sich daraus die Chance ergeben, dass etwas Neues gemacht werden kann. Das Neue als Gesamtes komplett neu anzuschauen, das war die Herausforderung.

Mir tut es auch leid, dass das Schulhaus Wiesental abgebrochen werden muss. Ich war eine der ersten Schülerinnen und Schüler damals, die dort einziehen durfte. Es ist komplex und alles muss aufgrund von anderen Voraussetzungen angeschaut werden. Wir haben deshalb den Auftrag erhalten, die Schülerprognosen nochmals zu überprüfen. Es gab auch bezüglich verdichtetem Bauen noch gewisse Entwicklungen. Darauf wurde ein Raumprogramm erarbeitet und dieses wird am 23. Dezember vorliegen. Die

pädagogische räumliche Gliederung musste ebenfalls angeschaut werden, was eine Vorgabe des Gemeinderates war. Wir wollten alles mit Sorgfalt machen. Wir wollten die gleiche Sorgfalt anwenden, wie bei anderen Projekten. Bei den bisherigen Schulbauten war das wegleitend und wir haben damit gute Erfahrungen gemacht. Die heutigen Schulbauten in Baar haben eine vernünftige Raumsituation.

Die Arbeiten haben wir ohne Verzug in Angriff genommen. Für uns ist klar, dass wir heute eine Erweiterung der Schule Wiesental brauchen. Wir brauchen ein erhöhtes Raumangebot wegen der Bautätigkeit in diesem Gebiet. Die Schule quillt bereits heute aus dem Rahmen. Auch aufgrund von Entwicklungen im Schulwesen müssen wir gewisse Erweiterungen haben. Wir sehen es als Chance und möchten die Chance unter guten Voraussetzungen und mit Sorgfalt planen. Sie werden als Souverän nach diesen Schritten, wie sie der Bauchef angeführt hat, die Machbarkeitsstudie erhalten. Dafür brauchen wir Geld. Den Architekturwettbewerb werden wir unter geklärten Voraussetzungen durchführen und über den Projektierungskredit und den Baukredit als Souverän abstimmen können.

Heini Schmid

Es wird immer ausgeführt, der Vorschlag der CVP würde zu einer unzulässigen Verlängerung der gesamten Planungsphase führen. Deshalb komme ich nochmals nach vorne.

Unser Präsident, Pirmin, hat bereits gesagt, dass wir in das weitere Verfahren grundsätzlich Beschleunigungen einbauen können. Jetzt ist geplant, dass man dreifach an die Gemeindeversammlung kommt. Heute mit dem Planungskredit, dann mit dem Projektierungskredit und anschliessend mit dem Baukredit. Als Vergleich hat die Gemeinde Unterägeri, als es dringend war, ein einstufiges Verfahren gemacht. Sie haben die Abklärungen aus allgemeinen Finanzmitteln getroffen. Der Gemeinderat hätte mit CHF 200'000.– Finanzkompetenz die Hausaufgaben machen können. Man hätte mit einem Projektierungs-, Planungs- und Ausführungskredit kommen können. Nach Gemeindeordnung ist alles möglich.

Ein dreifaches Verfahren kennt auch der Kanton nicht. Beim Kanton wird zuerst aufgrund von Vorstudien der Regierung geplant. Projektierung und Planung sind in einem und der Baukredit kommt anschliessend. Wenn es wirklich dringend ist, können nach der Vorstudie gemäss dem Vorschlag der CVP, die CHF 200'000.– ausgegeben und die Schulraumplanung, die Machbarkeitsstudie, Grundzüge, wie der Wettbewerb gemacht werden. Dann wissen wir, was der Gemeinderat machen will. Nachher kann sauber gearbeitet und der Baukredit verlangt werden.

Mit dem zweistufigen Verfahren gewinnen sie sogar Zeit. Es verlangt niemand ein dreistufiges Verfahren. Zentral ist doch, dass wir wissen, was angedacht ist. Es kann nicht sein, dass ohne irgendeinen Hinweis von unserer Seite ein Wettbewerb gemacht und CHF 2 Mio. ausgegeben werden. Wer soll dann noch sagen, dass er es anders haben möchte? Dann kommt ihr nämlich und sagt, dass wir keine Zeit mehr haben und das Gebäude zusammenfällt. Das ist nicht meine Vorstellung von Demokratie. Bitte unterstützen Sie den Antrag der CVP. Wenn wir nachher einstufig oder zweistufig vorgehen, gewinnen wir sogar noch Zeit.

Daniel Abt

Ich habe zwei Fragen in Anknüpfung an das Votum von Heini Schmid. Sylvia Binzegger hat gesagt, dass die langersehnte Schulraumplanung am 23. Dezember kommt. Was passiert mit dieser Planung? Wenn wir dem Antrag des Gemeinderates zustimmen, wird basierend darauf weitergeplant? Oder geht es wieder in die Kommission?

An den Bauchef. Was haben wir aus den Fehlern beim Schulhaus Inwil gelernt? Damit wir das gleiche Desaster wie beim Architekturwettbewerb nicht wieder erleben, was machen wir anders?

Andreas Hotz

Die erste Frage kann ich beantworten. Der Bauchef hat gesagt, dass die Schulraumplanung durch alle Kommissionen geht. Die zweite Frage beantwortet Paul Langenegger.

Paul Langenegger

In Inwil haben wir bei den Finanzen eine Punktlandung gemacht. Es gab eine gewisse Verzögerung. Ein Debakel gab es nicht. Welches Verfahren wir aufgleisen werden, wird mit den Kommissionen diskutiert und dem Souverän unterbreitet. Wenn wir einen Wettbewerb machen, haben wir die Möglichkeit, mit einem GU oder mit einer Baubegleitung weiterzufahren. Alles ist offen. Sie werden weiterhin informiert.

Kurz zum Votum von Heini Schmid. Wir könnten einen Globalkredit holen. Die Sicherheit wäre plus/minus 25%. Ich bin nicht davon überzeugt, dass wir dann sagen können, was es überhaupt kostet. Der Stadttunnel lässt grüssen, einmal sprachen wir von CHF 600 Mio., dann von einer Milliarde und jetzt von CHF 890 Mio. Wir könnten das machen, das wäre kein Problem. Doch es wäre nicht seriös.

Andreas Hotz

Es kommt ein spannendes Projekt auf uns zu. Wenn ich es richtig interpretiere, ist niemand der Meinung, dass wir keinen Handlungsbedarf haben. Das Schulhaus Wiesental muss angepackt und unbestritten zurückgebaut und neu gebaut werden. Die Vorgehensweise ist offen.

Ich habe eine Verständnisfrage an den Präsidenten der RGPK. Dein Votum bedeutet, dass die RGPK nicht auf das Geschäft eintreten möchte? Dem ist so.

Wir haben drei Anträge. Ein Kürzungsantrag, ein Antrag auf nicht eintreten und als drittes der Vorschlag des Gemeinderates Baar.

Ich halte fest, dass es um Vertrauen geht. Es geht darum, Vertrauen an den Gemeinderat zu delegieren und ihm die Kompetenz mit den Kommissionen zu geben. Mehrere Kommissionen betreuen das Geschäft, inklusive Schulkommission und Geschäftsleitung. Bilden Sie sich Ihre Meinung.

Wir kommen zur Abstimmung. Aus der Versammlung werden zwei Zusatzanträge gestellt.

Antrag CVP

Der Planungskredit sei bis und mit Ziffer 3 (CHF 280'000.–) inkl. eines Vorschlages für das weitere Vorgehen der Planung freizugeben.

Antrag RGPK

Auf das Geschäft sei nicht einzutreten

Abstimmung 1

Der Antrag der CVP wird dem Antrag der RGPK gegenübergestellt. Der Antrag der CVP obsiegt mit 157 zu 124 Stimmen.

Abstimmung 2

Der Antrag der CVP wird dem Antrag des Gemeinderates gegenübergestellt. Der Antrag der CVP vereint mehr Stimmen.

Beschluss

Dem Antrag, den Planungskredit bis und mit Ziffer 3 inkl. eines Vorschlages für das weitere Vorgehen der Planung freizugeben, wird zugestimmt.

Andreas Hotz

Im Namen des Gemeinderates kann ich zusichern, dass wir trotz diesem Zwischenschritt mit voller Energie und vollem Engagement an diesem Geschäft arbeiten werden.

Traktandum 8

Motion Tangente Zug/Baar-Rigistrasse – Beantwortung

Die Vorlage des Gemeinderates vom 10. November 2014 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

Paul Hutter

Als Mitglied der gemeindlichen Planungskommission gebe ich gerne zu diesem Geschäft eine kurze Stellungnahme ab. Ein Geschäft, das in den letzten Tagen in der lokalen Presse sehr unterschiedlich zur Sprache kam. Die Motion verlangt, dass die Rigistrasse mit geeigneten Massnahmen vom Tangenten bedingten Mehrverkehr zu entlasten sei. Die andern Verkehrs- Einfallachsen sowie die Tangente selbst seien in die Betrachtungen einzubeziehen.

Fazit:

Die Gemeindeverwaltung, begleitet durch die Verkehrs- und Planungskommission, hat sich eingehend mit diesem Anliegen auseinandergesetzt und zwar aus folgenden Gründen.

Es war für alle einleuchtend, dass im Zusammenhang mit dem Betrieb der zukünftigen Tangente nicht eine Einfallstrasse mit markant mehr Verkehr belastet werden sollte, andere Achsen jedoch markant entlastet werden sollten. Der Beizug einer Spezialfirma, die alle aktuellen und voraussichtlich zukünftigen Verkehrsströme auf den Hauptachsen genau studiert hatte, sollte die notwendigen, möglichst genauen Angaben liefern.

Ich bin überzeugt, dass die Motion mit grosser Sorgfalt bearbeitet wurde und dass mit den aufgezeigten Lösungen das Machbare gut ausgelotet und für den zukünftigen Verkehr eine fairere Verteilung aufgezeigt wurde. Erlauben Sie mir noch drei zusätzliche Bemerkungen.

Bei so komplexen Fragen der Verkehrsplanung kann es nicht sein, dass einzelne Quartiere sich gegeneinander ausspielen, sondern es braucht Lösungen, die das Volumen bewältigen können, mehr Sicherheit auf den Strassen schaffen und belastungsmässig einigermaßen gerecht sind. Allerdings, und das müssen wir leider zur Kenntnis nehmen, lassen sich angesichts unserer wirtschaftlich prosperierenden Region die zunehmend grösseren Verkehrsströme nicht aus der Welt schaffen. Sie dürften in den kommenden Jahren noch ansteigen und uns noch einige Probleme bereiten.

Wer von Ihnen regelmässig auf der neu erstellten Nordzufahrt unterwegs ist, stellt fest, dass die Zufahrt, die einst als perfektes Mittel angepriesen wurde, heute während den Randzeiten völlig zu ist.

Wenn wir als Bürger gegenüber der Gemeinde etwas zu kritisieren haben, tun wir es in der Regel. Umgekehrt sollte auch Lob und Dank für gute Arbeiten ausgesprochen werden, was ich damit mache.

Daniel Eichenberger

Ich mache mein Votum kurz. Die Behandlung der Motion zeigt exemplarisch, dass wir auf dem besten Weg sind, in Baar eine konzeptlose und schlussendlich teure Verkehrspolitik zu betreiben. Am 27. Juni 2013, vor anderthalb Jahren, haben wir die Motion an der Gemeindeversammlung mit nur zwei Gegenstimmen angenommen. Nur wenige Minuten vorher, haben wir nicht ganz so deutlich, nämlich mit 134 zu 128 Stimmen, der Einrichtung einer Tempo-30-Zone im Zentrum von Baar zugestimmt. Zu dieser Vorlage schrieb der Gemeinderat damals, dass eine Verlagerung des Durchgangsverkehrs auf das übergeordnete Hauptstrassennetz angestrebt und die dadurch zusätzliche Verkehrsbelastung auf diesem Hauptstrassennetz akzeptiert wird.

Die SVP hat damals darauf hingewiesen, dass Zielkonflikte bestehen und mit dieser Tempo-30-Zone gewartet werden müsste. Jetzt haben wir zwei Gemeindekommissionen, unsere Gemeindeverwaltung und ein externer Verkehrsplaner für viel Geld beschäftigt, mit dem Resultat, dass zwar die Bewohner der Rigistrasse vorläufig zufrieden sind, dafür Anwohner der Ägeristrasse wütend sind. Wir können nur hoffen, dass wenigstens die Prophezeiung betreffend Wirkung der Tempo-30-Zone im Zentrum von Baar, eine gesellschaftliche und wirtschaftliche Belebung im Zentrum, eintreffen wird. Was ich jedoch bezweifle.

Das Fazit der verkehrspolitischen Übungen ist, dass einiges an Geld ausgegeben wird und wir noch immer nicht wissen, wo die Autos am Schluss wirklich durchfahren. Das „Schwarzer Peter-Spiel“ wird weiter gehen und der bereits heute stellenweise absurde Verkehrstafelwald in Baar wird munter weiter wachsen.

Die SVP Baar unterstützt den Antrag des Gemeinderates zur Abschreibung der Motion, verbunden mit dem Wunsch, dass wir nicht vollends einer ziel- und konzeptlosen Verkehrspolitik verfallen und aufhören, Baar weiter mit Verkehrsbehinderungen und Tafeln zuzupflastern.

Adrian Andermatt

Vor rund fünf Jahren hat zwar nicht die Baarer, jedoch die Zuger Bevölkerung Ja zur Tangente gesagt. Drei Jahre später ging das Projekt in die öffentliche Planaufgabe. Wir haben dort realisiert, dass die Verkehrsflusszahlen, die uns im Jahr 2009 präsentiert wurden, zum Teil schlicht falsch waren. Diese falschen Zahlen haben insbesondere die Rigistrasse betroffen. Während wir Stimmbürgerinnen und Stimmbürger im Jahr 2009 davon ausgegangen sind, dass die Rigistrasse mehr oder weniger keine Mehrbelastung aufnehmen muss, war das Fazit drei Jahre später, dass es eine massive Verkehrszunahme auf dieser Achse geben wird. Im Gegenzug haben wir realisiert, dass die Entlastung der Aegeristrasse noch grösser als angenommen ausfallen wird. Wir Anwohnerinnen und Anwohner der Rigistrasse haben daraufhin Unterschriften gesammelt. Wir kamen zur Überzeugung, dass das nicht sein kann. Es war nicht diese Intension in der Auflage, über die wir als Bevölkerung abgestimmt haben.

Sie haben im Sommer 2013 die Motion fast einstimmig überwiesen und damit dem Gemeinderat einen verbindlichen Auftrag erteilt. Seither hat die Gemeinde zusammen mit dem Kanton, dem externen Planer, Arbeit geleistet. Wir Motionäre wurden miteinbezogen und konnten mitdiskutieren. Das Ergebnis dieser Arbeit liegt in den Unterlagen, die Sie alle haben, vor.

Es ist uns Anwohnerinnen und Anwohner und den Motionären ein Anliegen, an dieser Stelle dem Gemeinderat, der Baudirektion und insbesondere den beiden federführen-

den Gemeinderäte Oliver Wandfluh und Paul Langenegger wie auch ihren Mitarbeitenden, zu danken. Danke für die gute Zusammenarbeit.

Die Anwohnerschaft Aegeristrasse ist und bleibt auch mit der Abschreibung der Motion im Sinne der geplanten Massnahmen die grosse Siegerin. Das Dorfzentrum wie auch das Gebiet Marktgasse werden weiterhin stark vom Verkehr entlastet. Das ist gut so. Die Umsetzung der Motion macht keine neuen Verlierer. Sie sorgt einzig und alleine dafür, dass die Rigistrasse nicht von zusätzlichem Verkehr erstickt wird.

Der durchschnittliche Tagesverkehr auf der Aegeristrasse wird mit der Tangente und den motionsbedingten Massnahmen weiterhin um rund 45% abnehmen, während der Verkehr auf der Rigistrasse noch immer um rund 16% zunehmen wird. Ohne die motionsbedingten Massnahmen wäre die Entlastung auf der Aegeristrasse zwar noch eindrücklicher, die Verkehrszunahme auf der Rigistrasse gegenüber dem Stand 2012 würde dann aber rund 55% betragen. Wer die Rigistrasse kennt, weiss, dass das beinahe nicht vorstellbar ist. Denn sie ist heute schon verstopft. Und das kann nicht sein.

Die Rigistrasse hat heute täglich rund 8'900 Fahrzeuge. Ohne Massnahmen werden es rund 13'800 nach der Eröffnung der Tangente sein. Mit den Massnahmen sind es rund 10'300.

Die Aegeristrasse, Stand 2012, hat rund 10'900 Fahrzeuge, also mehr als die Rigistrasse heute. Ohne Massnahmen werden es nach Eröffnung rund 3'800 Autos pro Tag geben, mit den Massnahmen rund 6'000. Wie gesagt, die Ausgangslage sind 10'900 Autos, die die heutige Kantonsstrasse, die Aegeristrasse, schlucken muss. Auch das ist noch immer eine sehr stolze Abnahme von 45%. Wir können es ihnen gönnen, hoffen aber auch auf ihre Solidarität, dass sie nicht wollen, dass die Rigistrasse im Verkehr erstickt. Nicht zuletzt auch ihnen selber zuliebe, denn ich bin überzeugt, dass die meisten von ihnen diese Strasse selber ab und zu nutzen.

Ich gehe nicht auf die einzelnen Massnahmen ein, welche in der Vorlage beschrieben werden. Nur kurz zur Massnahme 5, die Sicherheits- und Gestaltungsmaßnahmen. Darüber stimmen wir heute nicht in dem Sinn ab. Es wird dafür eine Kreditvorlage im 2015 geben. Das steht auch so in den Unterlagen und deshalb vertraue ich darauf. Wir werden das begleiten, denn die Massnahmen sind aus unserer Sicht wichtig. Nicht im Sinne von Verkehrsreduktion, darauf dürfte das nur einen marginalen Einfluss haben. Es geht um Sicherheitsmassnahmen. Die Rigistrasse ist eine bewohnte Strasse. Sie wird nicht nur von uns Anwohnern, sondern auch von den schwächsten Verkehrsteilnehmern, den Schulkindern, benutzt. Sie müssen die Strasse tagtäglich mehrmals überqueren. Wie Ihnen allen bestens bekannt ist, liegt ausserdem der Kindergarten Grund direkt an der Rigistrasse. Die Massnahme 5 ist deshalb aus unserer Sicht sehr wichtig. Darüber können wir im nächsten Jahr nochmals abstimmen.

Abschliessend kann ich Ihnen mitteilen, dass die Position auch von der FDP Baar vertreten wird.

Beat Schertenleib

Vielleicht ist es Zufall, dass dieses Traktandum direkt nach dem umstrittenen Traktandum Wiesental kommt. Auch in diesem Traktandum werden die Wegweiser gesetzt, bevor überhaupt die Strasse gebaut ist. Es geht mir nicht um Zahlen, um Vermutungen, es geht mir um das Generelle. Von meiner Seite her gesehen gibt es auch keine Siegerinnen und Sieger. Warum auch, denn im Verkehr sind meistens alle Verlierer.

Ziel der Baarer Verkehrspolitik sei es, das Dorf vom Verkehr zu entlasten. Und das werde mit dieser Tangente erreicht. Das konnte man heute oder gestern von Gemeinderat Paul Langenegger in der Zeitung lesen. Es ist jedoch so, dass die Tangente kein Baarer Projekt ist. Es ist ein Projekt des Kantons und die Verkehrspolitik des Kantons Zug. Die Baarer haben das sozusagen geschenkt bekommen. Obwohl die Mehrheit der Baarer das Geschenk überhaupt nicht wollten. Das nebenbei. Bei diesem Geschenk kann man schauen, was man damit machen möchte. Wir können es weiterhin bekämpfen oder anschauen, prüfen und ihm vielleicht eine Chance geben. Das ist meiner Meinung nach der richtige Weg. Schauen, ob man auch Chancen daraus ziehen kann, die für alle gut sind.

Der Gemeinderat hat das meiner Meinung nach so aufgefasst und vor drei Jahren Beiträge für vier Studien gesprochen, die sich mit der Situation an der Aegeristrasse befasst haben. Das Resultat der Studien war erstaunlich. Es war sogar von einer Plattform mit Aussicht auf das Tal die Rede. Man hat festgestellt, dass es Chancen für neue Verkehrslösungen gibt, wenn die Tangente tatsächlich bis ins Tal konsequent befahren wird.

Wenn man in den Unterlagen die Karten auf den Seiten 68 und 69 anschaut, sieht man, welche Strassen die kürzesten sind, die durch Siedlungsgebiete führen. Von der Antwort der Motion waren wir quasi geschockt. Es sah so aus, als ob die bisherigen Studien betreffend Entlastung der Aegeristrasse praktisch hinfällig wurden und es eine neue Situation gibt. Vielleicht hat man selber von der Verkehrspolitik Angst bekommen. Jetzt soll der Verkehr möglichst gleichmässig verteilt werden. Es soll sogar aktiv gesteuert werden, dass man die Umfahrungsstrassen umfährt. Das finde ich ziemlich einzigartig. Für mich ist das keine Verkehrspolitik. Man könnte gleich sagen, dass man nichts macht. Den Verkehr lassen wir sein, er findet seinen Weg selber irgendwo durch.

Argumentieren mit Zahlen finde ich extrem problematisch. Wo und wie viele Autos im Jahr 2020 durchfahren. Wenn wir ehrlich sind, wissen wir es alle nicht. Die Zahlen basieren auf Schätzungen, auf Modellrechnungen und auf Annahmen. Sie sind nicht erhärtet. Hinzu kommt, dass es bis im Jahr 2020 weiterhin Überbauungen geben wird. Nicht nur an der Rigistrasse und der Aegeristrasse, das gilt vermutlich für jedes Quartier. Wo es neue Einwohner gibt, gibt es auch neuen Verkehr. Das müssen wir akzeptieren. Diesen hausgemachten Verkehr werden wir sowieso haben.

Ich erwarte von einer Verkehrspolitik, dass sie das Ziel hat, möglichst wenige Quartiere zu belasten. Ich erwarte heute, dass Zentren entlastet werden. Ich erwarte, dass sie zukunftsgerichtet ist und ich erwarte vor allem, dass sie unabhängig und stark ist. Ich erwarte, dass eine Verkehrspolitik nicht den Verdacht zulässt, dass sie von individuellen Interessen gesteuert werden kann. Was andere Gemeinden können, sollte auch Baar fertig bringen. Und wenn man eine solche Vorlage erhält, müsste man an der Urne abstimmen.

Anna Lustenberger

Die wichtigen Facts haben Sie jetzt bereits gehört und sicher auch gelesen. Wir Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben über ein anderes Projekt abgestimmt, als jetzt schlussendlich umgesetzt wird. Die Zahlen betreffend Verkehrsaufkommen waren auf einmal nicht mehr richtig. Daher war die Eingabe der Motion der über 400 betroffenen Anwohner und Anwohnerinnen an der Rigistrasse berechtigt. Wir hier drin haben der Erheblicherklärung der Motion zugestimmt und die Antworten mit Lösungs-

vorschlagen sind nun da. Und Sie erinnern sich, die Baarer Bevölkerung wollte die Tangente nicht. Der Gemeinderat hat nach der Abstimmung versprochen, alles zu tun, um die Auswirkungen für uns Baarer und Baarerinnen so erträglich wie möglich zu machen.

Befriedigt Sie die Antwort in der Vorlage oder was Sie jetzt schon alles gehört haben? Nein, ich denke niemanden so richtig. Der Verkehr wird nun wieder etwas umverteilt. Andere sind ein wenig mehr zufrieden, andere fühlen sich dafür benachteiligt. Verschiedene Massnahmen sollen mithelfen, dass die Verteilung besser funktioniert. Aber, wie es Herr Schertenleib gesagt hat, wird es weiterhin überall viel Verkehr haben, sei es der hausgemachte oder der von oben. Ein Nullsummenspiel schlussendlich. Leidtragende, wie könnte es anders sein, sind wir Menschen und die Umwelt. Aber gibt es andere Lösungen? Wohl kaum. Ich denke, die einzige Lösung ist weniger Autos und weniger Alleinfahrten. Sie wissen dies alle auch bestens. Wir die Alternativen - die Grünen und die SP stimmen daher zu, dass die Motion erledigt abgeschlossen werden kann.

Am Anfang meines Votums erwähnte ich, dass das Projekt bei der Abstimmung anders ausgefallen hat als jetzt. Vielleicht wissen Sie es noch, wir haben einem generellen Projekt zugestimmt. Heute Abend haben Sie bereits den Begriff von ein-, zwei-, oder dreistufigen Verfahren gehört. Dieses generelle Projekt war ein einstufiges Verfahren. Man hat eine grosse Summe für die Projektierung und gleichzeitig den Objektkredit selber gesprochen. Im Budget wird dann bei solchen Projekten jeweils ein grosser Posten für Unvorhergesehenes eingeplant. Nicht nur 8% Herr Riboni, es sind 20 - 25% oder sogar noch mehr. Damit kann das Projekt verändert werden. Dazu haben dann die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger nichts mehr zu sagen. Es gibt dann Unstimmigkeiten wie jetzt und der Gemeinderat probiert auszubügeln so gut es geht und wo er überhaupt kann, denn ein grosser Teil liegt beim Kanton selber.

Vor einigen Jahren hat es jeweils ein Projektierungskredit gegeben, meist schon über ein recht gut ausgearbeitetes Projekt. Darüber hat der Kanton abgestimmt oder manchmal hat es sogar eine Urnenabstimmung gegeben. Wurde dieses angenommen, ging es erst zum definitiven Objektkredit, also zum Baukredit, der eben viel detaillierter ausgearbeitet wurde. Das war ein zweistufiges Verfahren.

Eine Motion hat diesem zweistufigen Verfahren ein Ende gesetzt. Damit es schneller geht, war die Begründung. Diese Motion wurde vor allem von der Baulobby ins Leben gerufen. Sie wurde angenommen. Es gehe schneller. Ob das einstufige Verfahren wirklich günstiger kommt, das bezweifle ich. Meistens ist es, wie jetzt, mit viel Ärger und mit Studienkosten verbunden. Die Problematik Rigistrasse ist ein klassisches Beispiel. So ganz ins Detail ausgearbeitet wurde das Projekt Tangente bei der damaligen Abstimmung nicht.

Ich sage Ihnen das, weil der Kantonsrat heute wieder über den Stadttunnel beraten hat. Es wurde ein Antrag auf das zweistufige Verfahren gestellt. Fragen Sie beim Apero die Kantonsräte, wofür sie gestimmt haben. Und wenn es dann bei der Urnenabstimmung soweit ist, dass Sie Ja oder Nein sagen können, erinnern Sie sich bitte an mein Votum.

Andreas Hotz

Nach einer erneuten guten und kontroversen Diskussion stelle ich fest, dass die Verkehrspolitik immer die Quadratur des Kreises sein wird. Es wird nie möglich sein, allen

alles Recht zu machen. Das tut mir persönlich Leid. Im Namen des ganzen Gemeinderates wehre ich mich gegen den Hauch der Unterstellung, wir verfolgen Individualinteressen. Dies ist in keiner Art und Weise der Fall. Wäre das der Fall, hätte die Motion einen anderen Beantwortungsverlauf genommen. Wir kommen zur Abstimmung.

Antrag

Die Motion sei im Sinne des vorstehenden Berichtes als erledigt abzuschreiben.

Beschluss

Die Motion wird mit 3 Gegenstimmen abgeschrieben.

Traktandum 9

Motion der CVP Baar betreffend „Licht zur rechten Zeit am rechten Ort“ – Entscheidung über Erheblicherklärung und Beantwortung

Die Vorlage des Gemeinderates vom 10. November 2014 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

Roman Müller

Ich hoffe, Sie können mir noch kurz zuhören. Ich richte einige Worte der CVP zur Motion an Sie.

Im Jahr 2011 wurde mit Initiative des Gemeinderates Paul Langenegger im Bereich Grundweg/Inwilerstrasse ein Pilotprojekt für eine bewegungsabhängige Steuerung gestartet. Es geht darum, dass das Licht immer dort ist, wo sich Personen aufhalten. Mit den Resultaten der WWZ hat sich herausgestellt, dass die Beleuchtung zwar viel Strom spart, sich dies aber finanziell im Verhältnis zu den Projektkosten nicht lohnt. Wir haben diese Ausgangslage als Einstieg genommen, diese Motion zu lancieren, damit die Gemeinde im gesamten Gemeindegebiet Optimierungsmöglichkeiten prüfen kann. Das betrifft Einsparungen mit LED-Leuchten, Verminderung von Lichtverschmutzung beim Ersatz von Beleuchtungssystemen oder das bewegungsabhängige Beleuchtungssystem.

Immer im Blickwinkel soll natürlich das Sicherheitsgefühl der Einwohnerinnen und Einwohner sein. Denn Licht bietet auch immer Sicherheit. Der Gemeinderat hat uns jetzt in seiner Beantwortung klar aufgezeigt, dass er bereits seit Jahren stark an der Optimierung arbeitet.

Folgende Fakten aus der Beantwortung möchte ich Ihnen kurz erläutern. Im Jahr 2009 wurde die Optimierung der öffentlichen Beleuchtung durch externe Lichtplaner untersucht. Es hat sich gezeigt, dass 86% der Beleuchtung bereits mit energieeffizienten Leuchten ausgestattet ist. Die restlichen, meist Quecksilberdampflampen, werden fortlaufend von der WWZ durch Natriumdampflampen ersetzt. Seit dem Jahr 2010 wurden 330 Quecksilberdampflampen ersetzt und im Moment sind noch 29 Stück im Einsatz. Die Kantonsstrassen unterliegen nicht der Gemeinde und es wird vom Kanton entschieden, was dort gemacht wird.

Der letzte Platz in der Gemeinde Baar, der mit alten Lampen ausgestattet ist, ist der Parkplatz beim Hallenbad Lättich. Der Ersatz der Quecksilberdampflampen ist im Budget 2015 bereits berücksichtigt. Auch werden durch die EG Allenwinden ihre letzten 15 Lampen im Jahr 2015 ersetzt. Weiter soll der primäre Energieverbrauch pro Einwohner bis ins Jahr 2020 bei 1100 Watt liegen, was einer Reduktion von 800 Watt entspricht. Auch sollen die gemeindlichen Gebäude überprüft und der Energiebedarf durch Effizienzmassnahmen um 20% gesenkt werden. Die LED-Lichttechnik ist heute so weit, dass sie bei Neuanlagen eingesetzt wird. Auch die Gemeinde wird ihre neuen Projekte und Anlagen entsprechend ausrüsten. Die Preise sind im Bereich von hochstehender LED-Beleuchtung immer noch sehr hoch. Mit immer grösseren Anwendungen werden sie jedoch von Jahr zu Jahr preiswerter.

Auch wurde uns aufgezeigt, dass die Schaltzeiten optimiert wurden. Die WWZ möchte im gesamten Kantonsgebiet die gleichen Schaltzeiten einführen. Das heisst, die Be-

leuchtung zum richtigen Zeitpunkt einzuschalten sowie über Nacht die Beleuchtung auf das vertretbare Minimum zu reduzieren. In Regensdorf läuft zurzeit ein einjähriges Pilotprojekt mit einer intelligenten Lichtsteuerung bei Tempo 50. Die Gemeinde Baar wird diese Resultate im Frühling 2015 genau studieren. Auch untersuchen sie fortlaufend neue Systeme und prüfen, ob diese in Baar wirtschaftlich eingesetzt werden können. Wirtschaftlichkeit ist immer ein sehr zentrales Thema. Wichtig ist bei Investitionen immer, was die Anschaffung und was der Unterhalt kostet. In diesem Bereich schneidet eine neue LED-Beleuchtungsanlage bestimmt gut ab.

Wir von der CVP Baar möchten dem Gemeinderat und der Abteilung Planung / Bau für den ausführlichen und präzisen Bericht danken. Er zeigt uns allen genau auf, wo wir in Baar stehen und wir wissen, dass unsere Gemeinde laufend weiter an dieser wichtigen Thematik arbeitet. Im Moment sind wir gut aufgestellt.

Beni Riedi

Wir behandeln hier eine Motion mit zwei Anträgen. Der erste Antrag lautet, ob auf dem Baarer Gemeindegebiet die Beleuchtung vom öffentlichen Raum - also Strassen, Wege, Plätze, Hochbauten etc. - nach dem neusten Stand der Technik geplant bzw. erneuert und insbesondere mit LED-Lampen ersetzt werden soll. Zweitens, ob die öffentliche Beleuchtung mit einem Beleuchtungssystem aufgerüstet werden soll, das nur Licht produziert, wenn es wirklich gebraucht wird.

Ich bin sehr dankbar, dass der Sprecher der CVP das näher ausgeführt hat. Als ich das zuerst gelesen habe, hatte ich Angst, dass die Lampen abgeschaltet werden und jeder Baarer zukünftig eine Stirnlampe erhält, dass das Licht auch wirklich zur rechten Zeit am rechten Ort ist.

Die Motion wurde am 14. April 2014, mehr oder weniger kurz vor den Wahlen, eingereicht und vom Präsidenten sowie der Vizepräsidentin der CVP unterschrieben. Liebe CVP, diese Motion ist selbst in einem Wahljahr fehl platziert. Das einzige, das diese Motion verursacht hat, sind Kosten. Und das gerade von der CVP, die sich nach Ausen immer für das Sparen einsetzt.

Zur Forderung, dass die Gemeinde Baar die Beleuchtung der öffentlichen Räume nach dem neusten Stand der Technik planen soll. Hatte irgendwer das Gefühl, die Gemeinde Baar ist daran interessiert, beim Ersatz von Lampen alte Technologien zu verwenden? Ich denke, das ist selbstverständlich. Ich habe das Vertrauen in die Gemeinde Baar, dass das so beachtet wird.

Ich finde es heikel, wenn Technologien in einer Motion erwähnt werden. Eine Motion ist ein Auftrag an die ausführende Gewalt, hier an den Gemeinderat. Schreibt man von Technologien, wie in diesem Beispiel LED, ist das immer ein Problem. Gesetze und Forderungen bleiben bestehen, doch Technologien wandeln sich. Wer weiss, was in einigen Jahren ist. Wir müssen in die Zukunft schauen. In diesem Bereich sehe ich keinen Handlungsbedarf und vertraue dem Gemeinderat, dass er aus eigenem Interesse keine alten Technologien verbauen wird.

In der Antwort des Gemeinderates steht, dass bereits im Jahr 2010 ca. 86% der Ausenbeleuchtung des gesamten Gemeindegebietes mit energieeffizienten Leuchtmitteln ausgerüstet ist. Bereits vier Jahre, bevor die Motion geschrieben wurde. Ein einziges Telefon hätte in unserer kleinen Gemeinde gereicht, die Motion überhaupt nicht zu verfassen und das Problem nicht zu traktandieren. Stattdessen hat man eine Motion geschrieben und der Gemeinderat Baar war sich offenbar überhaupt nicht zu scha-

de, einen ausführlichen Bericht von stolzen sieben Seiten zu diesem Thema, bei dem offenbar gar kein Handlungsbedarf besteht, abzdrukken. Man war sich auch nicht zu schade, eine Stellungnahme der Energiefachkommission abzdrukken. Ich frage mich, ob der Gemeinderat diese Motion bei der Beantwortung schön schreiben wollte. Im Kantonsrat würde ich eine solche Motion bereits bei der Erheblicherklärung bekämpfen, damit weder die Verwaltung noch Politiker sich mit Thematiken beschäftigen müssen, die kein Problem darstellen. Es ist erstaunlich, dass der Gemeinderat eine rein wahlkampfaktische und sachlich unnötige Motion derart ausführlich und wohlwollend beantwortet. Liegt es vielleicht daran, dass sie von der CVP kommt?

Im Namen der SVP Baar beantrage ich, die Motion nicht erheblich zu erklären und abzuschreiben.

Antrag

1. Aufgrund der vorstehenden Berichterstattung beantragt Ihnen der Gemeinderat, die Motion erheblich zu erklären.
2. Der Antrag 1 kann im Sinne des vorstehenden Berichtes und Fazits mit wenigen Gegenstimmen als erledigt abgeschrieben werden.
3. Der Antrag 2 kann im Sinne des vorstehenden Berichtes und Fazits mit 1 Gegenstimme als erledigt abgeschrieben werden.

Beschluss

1. Die Motion wird mit klarem Mehr erheblich erklärt.
2. Der Antrag 1 wird im Sinne des vorstehenden Berichtes und Fazits als erledigt abgeschrieben.
3. Der Antrag 2 wird im Sinne des vorstehenden Berichtes und Fazits als erledigt abgeschrieben.

Traktandum 10

Interpellation der Alternative – die Grünen Baar betreffend „Baar verliert sein Gesicht – die Entwicklung des Gebietes Florastrasse / Robert-Fellmann-Park“ - Beantwortung

Die Vorlage des Gemeinderates vom 10. November 2014 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

Andreas Lustenberger

Im Namen der Alternative - die Grünen Baar möchte ich mich für die ausführliche Antwort des Gemeinderates auf unsere Interpellation bedanken. Wir sind froh, dass der Wert des Jugendstilhauses an der Florastrasse aber auch die Sorgen der Bevölkerung betreffend die grossen Bauprojekte, die das Gesicht der Gemeinde Baar langfristig verändert haben und verändern werden, vom Gemeinderat anerkannt werden.

Der Kreuzplatz war und ist noch immer ein bedeutender Ortsplatz in Baar. Er ist der Eingang in Richtung des alten Dorfkerns, Richtung Rathaus, Richtung Kirche St. Martin. Zu einem solchen Platz muss Sorge getragen werden. Veränderungen an der Marktgasse haben viele Baarerinnen und Baarer erschreckt und wenn auch noch die Schulhausseite überbaut ist, wird es nochmals stark anders aussehen. Eine kleine Randbemerkung dazu: Vielleicht könnte sich der Gemeinderat Gedanken machen, ob auf den breiten Trottoirs bei der Überbauung Marktgasse nicht einige Hecken oder Bäume gepflanzt werden könnten.

Es braucht Luft zwischen den Häusern, zum Atmen und wahrzunehmen, wie die Umgebung um uns herum aussieht. Mit dem Robert-Fellmann-Park und den bestehenden angrenzenden Häusern besteht eine grosse Chance für die Gemeinde, den Kreuzplatz attraktiv zu gestalten und gleichzeitig bestrebt zu sein, das historische Jugendstilhaus in das Inventar der schützenswerten Bauten aufzunehmen.

Zur Frage drei sagt der Gemeinderat, dass eine publikumsattraktive Nutzung erreicht werden soll. Das Ziel haben wir schon im Zusammenhang mit einigen anderen Überbauungen festgelegt. Heraus gekommen sind oftmals leider sehr kahle und kalte Gebäude, teils mit Nutzungen, die nie lange bleiben, da Baar in der Region keine grosse Zentrumsfunktion wahrnimmt. Der Gemeinderat soll nochmals über die Bücher und überlegen, ob man den Robert-Fellmann-Park nicht doch erweitern will, wie das in letzter Zeit von vielen Seiten gefordert wird. Man kann sich auch überlegen, das Grundstück Nr. 125, also die Parkplätze, zu diesem Zweck zu opfern. Es wäre sicher eine Bereicherung. Parkplätze hat es bei der Tiefgarage der Migros oder des Coop in nächster Nähe.

Es ist der Eigentümerfamilie des Jugendstilhauses, der Alternative - die Grünen und ich denke vielen hier drin ein grosses Anliegen, dass die Gemeindebehörde klare Vorstellungen hat, wie sich unsere Gemeinde entwickeln soll. Dörflich oder doch eher städtisch? Es ist aus unserer Sicht schade, dass der Gemeinderat den Nutzen einer Ortsbildkommission nicht anerkennen will. Sich nur Sorgen um die Entwicklung zu machen, reicht eben nicht. Wir möchten deshalb den Gemeinderat anregen, über eine Anpassung des Pflichtenheftes der Planungskommission nachzudenken. Wenn schon

keine Ortsbildkommission besteht, könnten solche langfristige Planungsaufgaben von der angesprochenen Kommission übernommen werden.

Wir möchten weiter festhalten, dass es uns ein grosses Anliegen ist, dass solche einschneidende Ortsbildveränderungen in Baar unbedingt und mit der gesamten Bevölkerung besprochen werden und nicht hinter verschlossenen Türen stattfinden. Ich bedanke mich, dass sich im Nachgang zur Einreichung dieser Interpellation viele Baarerinnen und Baarer ähnlich und in die gleiche Richtung geäußert haben. Die Gemeinde Baar muss ihr Gesicht behalten, da sind wir uns alle einig. In unserer hektischen Zeit, in der sich tagtäglich so viel verändert, ist es wichtig, dass man in gewissen Dingen Halt findet. Nostalgie im positiven Sinn und Traditionen sind und waren schon immer wichtig.

Daniela Meier

Ich bin im Verein Kunstkiosk Baar. Auf Wunsch von Elsbeth und Martin Suter und im Namen des Kunstkiosks Baar als direkter Nachbar nehme ich kurz Stellung. Die Familie Suter betont unmissverständlich, dass sie nicht die Absicht hat, ihr Jugendstilhaus abzureissen. Sie wünscht deshalb, vielleicht zusammen mit den interessierten Parteien, in die Planung einbezogen zu werden.

Das Jugendstilhaus und der Robert-Fellmann-Park am Kreuzplatz mit dem Kunstkiosk bilden als Ensemble in einem langsam dichterem Zentrum von Baar einen wertvollen Kontrast und einen Freiraum. Es liegt auch in der Hand der Gemeinde, wie das Zentrum von Baar künftig aussehen soll. Wir wären für mehr Klasse statt Masse.

Antrag

Von der Beantwortung der Interpellation der Alternative – die Grünen Baar sei Kenntnis zu nehmen.

Beschluss

Von der Beantwortung wird Kenntnis genommen.

Andreas Hotz

Wir haben sämtliche Traktanden beraten und stehen deshalb kurz vor dem Abschluss dieser Dezember-Gemeindeversammlung.

Bevor wir endlich in den wohlverdienten Apero gehen können, habe ich noch eine Mitteilung zu machen. Der Gemeinderat und die Kulturkommission planen, im nächsten Jahr eine Ausstellung zum Thema Stadt :: Dorf :: Baar durchzuführen. Das in der Zeit vom 13. bis 22. März 2015 in der Schrienerhalle. Die Vernissage findet am 13. März 2015 um 18.00 Uhr statt. Wir möchten diese Ausstellung mit Video-Interviews von Baarerinnen und Baarern ergänzen bzw. bereichern. Aus diesem Grund werden am nachfolgenden Apero über Claudia Emmenegger, Kulturbeauftragte, und Adrian Scherrer, einige Personen angefragt, ob sie bereit wären, ein kurzes Interview von 2-3 Minuten abzugeben. Seien Sie nicht überrascht, wenn Sie angefragt werden und hoffentlich sind Sie auch bereit, Ja zu sagen. Dann könnten wir heute 4-5 solche Interviews machen. Leider kann ich Ihnen kein Honorar für dieses Interview versprechen, doch wenn Sie aufgenommen sind, sind Sie für alle Ewigkeit und nachhaltig in der Geschichtsschreibung der Gemeinde Baar verewigt.

Mit der heutigen Gemeindeversammlung haben wir die Pflicht und die Aufgabe, drei verdiente Personen zu würdigen. Für Oliver Wandfluh, Gemeinderat 2013/2014, endet mit der heutigen Gemeindeversammlung fürs erste seine Exekutivtätigkeit. Oliver Wandfluh hat am 3. Oktober 2010 relativ knapp die direkte Wahl in den Gemeinderat Baar verpasst. Dies als Vertreter der SVP. Er hat hinter Hans Steinmann und Karl Betschart damals den undankbaren dritten Platz erzielt. Nach dem Rücktritt von Karl Betschart ist Oliver Wandfluh per 1. Januar 2013 in den Gemeinderat nachgerückt und hat gleichzeitig die Abteilung Sicherheit / Werkdienst als Abteilungsvorstand übernommen. Er hat sich in dieser Funktion sehr schnell und sehr engagiert eingelebt und im Gemeinderat mit seinen Beiträgen, Anregungen und Ideen für Belebung und intensive Diskussionen gesorgt. Oliver Wandfluh hat aus seinem Herzen nie eine Mördergrube gemacht. Das wird sehr geschätzt. Er präsentiert seine Ideen gradlinig, sogar fadengradlinig und schnörkellos. Mit seiner jugendlichen Dynamik und seinem unternehmerischen Flair hat er die ihm aufgetragenen Geschäfte sehr konsequent angepackt und umgesetzt. Er wurde insbesondere von seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, wie auch bei der Feuerwehr, ausserordentlich geschätzt. Oliver Wandfluh hat sich in den letzten zwei Jahren zu einem der besten ausgebildeten Feuerwehrleute entwickelt, wurde mit sämtlichem Material perfekt ausgerüstet und hat an zahllosen Übungen selber sehr engagiert und motiviert mitgewirkt.

An den Gesamterneuerungswahlen in diesem Jahr hat Oliver Wandfluh die Wiederwahl in den Gemeinderat knapp verpasst. Es ist heute Abend an uns, Oliver ganz herzlich für die gute Zusammenarbeit in den vergangenen zwei Jahren herzlich zu danken. Er hat sich zum Wohl unserer wunderbaren Gemeinde eingesetzt und auch in dieser relativ kurzen Zeit grosse Spuren hinterlassen. Wir wünschen ihm als Kantonsrat, als Privatperson, als Familienvater und als Unternehmer für die Zukunft alles Gute, beste Gesundheit und viel Erfolg. Als kleines Zeichen der Anerkennung übergibt Gemeinderatskollegin Berty Zeiter mit einem Links-Rechts-Mitte-Kuss ein Geschenkgutschein für ein Restaurant ohne Saal aber immerhin in luftiger Höhe, das baarcity. Besten Dank Oliver!

Wir kommen zu einer weiteren Person, die wir verabschieden, jedoch im nächsten Jahr in einer neuen Funktion sehen werden. Es ist unser dynamischer bisheriger Präsident der Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission, Pirmin Andermatt. Er hat

heute zum letzten Mal in seiner Funktion als Präsident der Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission, besser bekannt unter dem Kürzel RGPK, seinen Auftritt gehabt. Er hat heute die Dynamik fast etwas herausgenommen und sich schon beinahe für seine Exekutivtätigkeit vorbereitet. Das ist keine Kritik im negativen Sinn sondern eine reine persönliche Feststellung.

Pirmin Andermatt wurde für die Legislaturperiode 2003-2006 in Stiller Wahl als neues Mitglied und gleichzeitig als Präsident der RGPK gewählt. Damals haben Theres Nussbaumer und Alois Gössi als Bisherige und Jakob Wind, heute auch hier, mit Armin Stöckli als neu Gewählte die RGPK gebildet. In seinen 12 Jahren als Mitglied der RGPK hat Pirmin lediglich mit zwei Gemeindepräsidenten zusammenarbeiten dürfen oder müssen und hat sie kontrolliert. Er hat das mit grossem Engagement und grossem Akribie gemacht. Immer wieder hat er versucht herauszufinden, wo die Bandbreiten sind, wo sie gesetzt werden müssen und wie er exakt der Gemeindeordnung und dem Finanzhaushaltsgesetz des Kantons nachleben muss und kann. Er hat das berühmte „G“ im Begriff der RGPK interpretiert und so angenommen, dass tatsächlich eine belebende Diskussion mit der RGPK und dem Gemeinderat entstanden ist. Er hat sich zudem mit dem Gemeinderat diesbezüglich sehr intensiv, teilweise auch emotionsgeladen, ausgetauscht. Aufgrund der Tätigkeit von Pirmin Andermatt als Präsident der RGPK haben sich sehr viele angeregte und teilweise auch intensive und hektische Diskussionen entwickelt. Immer war das Ziel von allen Seiten, die Gemeinde Baar positiv weiter zu bringen. Die RGPK ist heute als Kontrollgremium nicht mehr wegzudenken. Alleine schon aufgrund des Budgetpostens RGPK sieht man, wie intensiv und seriös Pirmin und seine Frauen und Männer diese Kontrolltätigkeit für die Gemeinde Baar wahrgenommen haben. Seit 2003 hat sich nämlich das Budget der RGPK von rund CHF 44'800.– auf heute CHF 95'900.– mehr als verdoppelt.

Pirmin, wir danken dir herzlich für dein ausserordentlich grosses Engagement zu Gunsten unserer Gemeinde. Du wirst jetzt die Seite wechseln und ab dem 1. Januar 2015 dem Gemeinderat als Vorsteher der Abteilung Sicherheit / Werkdienst angehören. Wir alle freuen uns, mit dir zusammen zu arbeiten. Die neu zusammengesetzte RGPK wird dann auch dir auf die Finger schauen und ich hoffe sehr, lieber Pirmin, dass dabei immer nur positive Rückmeldungen verzeichnet werden können. Als kleiner Dank für deine überdurchschnittliche Einsatzbereitschaft überreichen wir dir in der Person der Schulpräsidentin einige schöne Flaschen Wein und zu Händen deiner Frau einen Blumenstrauss. Der Strauss für die Frau wird nachgeliefert.

Last but not least befindet sich unter uns ein weiteres Mitglied der RGPK, das definitiv ausscheidet. Das ist Michael Hutter. Er war in den Jahren 2013/2014 Mitglied der RGPK. Er hat sich sehr schnell mit der Materie vertraut gemacht und sich auch sehr gut ins Team integriert, wie mir gesagt wurde. Er hat jedoch schnell feststellen müssen oder können, dass es nicht ganz so einfach ist, seine Hobbies und seine beruflichen Aktivitäten unter einen Hut zu bringen. Aus diesem Grund hat er sich entschieden, nach dieser relativ kurzen Zeit als Mitglied der RGPK das Mandat wieder abzugeben und einer anderen Person zur Verfügung zu stellen. Trotz allem, lieber Michael, danken wir dir für diesen kurzen aber positiven Einsatz zu Gunsten der Gemeinde Baar. Wir wünschen dir und deiner Familie ebenfalls frohe Festtage und alles Gute. Auch du erhältst selbstverständlich einige Flaschen Wein, damit du auf uns, auf dich und mit allen zusammen anstossen kannst.

Ganz zum Schluss ist es mir nach einer hochengagierten aber nach wie vor sehr konstruktiv verlaufenden Gemeindeversammlung ein Anliegen, das auch im Namen aller

anwesenden Gemeinderätinnen und Gemeinderäten, aber auch im Namen der gesamten Verwaltung, euch allen eine frohe, glückliche Adventszeit zu wünschen, erholsame und fröhliche Festtage und vor allem viel Glück und Erfolg im neuen Jahr 2015. Es freut mich, Sie alle zu einem Apero einzuladen und auf die beste Gemeinde im Kanton Zug und weltweit anzustossen. Ich freue mich, Sie oder zumindest ein grosser Teil von Ihnen, am Neujahrskonzert am 1. Januar 2015 um 17.00 Uhr anzutreffen. Les Papiillons werden spielen. Wir können dann nochmals miteinander anstossen.

Schön, dass Sie hier waren und mitgemacht haben. Alles Gute für die Zukunft.

Für das Protokoll

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'W. Lipp', written in a cursive style.

Walter Lipp
Gemeindeschreiber

Baar, 1. Juni 2015 sb